



16. Sitzung, Montag, 21. September 2015, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antwort auf eine Anfrage *Seite 933*
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme *Seite 933*
- Zuweisung einer neuen Vorlage *Seite 933*
- Gratulation zur Wahl in den Kirchenrat *Seite 933*

2. Transparenz über Interessenbindungen

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur
vom 3. Februar 2015 zur parlamentarischen Initiative
von Ralf Margreiter

KR-Nr. 104a/2013 *Seite 933*

3. Stärkung der universitären Unabhängigkeit

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur
vom 5. Mai 2015 zur parlamentarischen Initiative
von Moritz Spillmann

KR-Nr. 103a/2013 *Seite 942*

4. Differenzierte Lektionentafel an der Sekundarstufe

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur
vom 3. März 2015 zur parlamentarischen Initiative
von Christoph Ziegler

KR-Nr. 13a/2013 *Seite 946*

5. Bericht «Koordinationsgruppe Jugendgewalt»

Antrag des Regierungsrates vom 1. Oktober 2015
zum Postulat KR-Nr. 146/2011 und gleichlautender
Antrag der Kommission für Bildung und Kultur
vom 20. Januar 2015

Vorlage 5133..... *Seite 965*

6. Anreize für vertiefende und berufsfelderweiternde Qualifikationen an der Volksschule

Postulat von Markus Späth (SP, Feuerthalen), Andreas Erdin (GLP, Wetzikon) und Corinne Thomet (CVP, Kloten) vom 26. August 2013

KR-Nr. 256/2013, RRB-Nr. 1302/20. November 2013 (Stellungnahme)..... *Seite 970*

7. Förderung der Berufsmaturität

Postulat von Markus Späth (SP, Feuerthalen), Werner Scherrer (FDP, Bülach) und Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) vom 23. September 2013

KR-Nr. 287/2013, Entgegennahme, Diskussion *Seite 979*

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - Fraktionserklärung der SP und Grünen zum Entscheid des Bundesrates zum Pistenausbau.... *Seite 963*
 - Fraktionserklärung der EDU zum «Marsch fürs Läbe» *Seite 964*
- Geburtstagsgratulation..... *Seite 964*
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... *Seite 991*
- Rückzug *Seite 992*
- Information zum Gesellschaftlichen Anlass..... *Seite 992*

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antwort auf eine Anfrage

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat hat uns die Antwort auf eine Anfrage zugestellt:

- KR-Nr. 148/2015, Anstellung als Stabschef der Flughafenpolizei
Markus Bischoff (AL, Zürich)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 15. Sitzung vom 14. September 2015, 8.15 Uhr

Zuweisung einer neuen Vorlage

Zuweisung an die Geschäftsleitung:

- **Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Ombudsperson**
Parlamentarische Initiative von Martin Zuber, KR-Nr. 306/2014

Gratulation zur Wahl in den Kirchenrat

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich gratuliere Katharina Kull und Esther Straub zu ihrer Wahl in den Kirchenrat. (*Applaus.*)

2. Transparenz über Interessenbindungen

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 3. Februar 2015 zur parlamentarischen Initiative von Ralf Margreiter

KR-Nr. 104a/2013

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Referent der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Der heutige Bildungsmorgen befasst sich mit lauter Geschäften, die noch in der letzten Legislatur von der damaligen Kommission für Bildung und Kultur verabschiedet wurden, weshalb mir auch nochmals die Aufgabe zufällt, sie vor diesem Rat zu vertreten.

Zum Geschäft 2 beantrage ich Ihnen im Namen der Kommission für Bildung und Kultur Zustimmung zur geänderten PI Margreiter und damit zur Ergänzung des Universitätsgesetzes. Dieses soll so geändert werden, dass die Professorinnen und Professoren der Universität ihre

Interessenbindungen öffentlich machen müssen. Eine solche Verpflichtung setzt gemäss IDG (*Gesetz über die Information und den Datenschutz*) nach Auffassung des Kantons eine gesetzliche Grundlage voraus.

Der angesprochene Personenkreis der Professorenschaft, also ordentliche, ausserordentliche, Assistenz- und Förderungsprofessorinnen und -professoren, ist weniger weit gefasst ist, als es die PI Margreiter dem Wortlaut nach vorsah, doch entspricht er ihrer wesentlichen Intention. Die Professorenschaft ist massgeblich für Forschung und Lehre verantwortlich und trägt damit entscheidend zur Reputation der Universität Zürich als unabhängige wissenschaftliche Institution bei. Universitätsprofessorinnen und -professoren arbeiten grundsätzlich im öffentlichen Auftrag und tragen immer wieder zur öffentlichen Meinungsbildung bei, etwa – um ein aktuelles Beispiel zu nennen – wenn sie sich zum Umwandlungssatz der beruflichen Vorsorge äussern. Hochschulen, auch die Universität Zürich, bieten ihre Professorinnen und Professoren ausserdem zunehmend aktiv den Medien in der Funktion unabhängiger Expertinnen und Experten an. Mit Blick auf mögliche Interessenkollisionen besteht deshalb nach Ansicht der Kommission ein öffentliches Interesse, zu wissen, welche Funktionen Professorinnen und Professoren der Universität Zürich in privaten oder öffentlichen Organisationen, Behörden und Institutionen wahrnehmen. Um beim Beispiel zu bleiben, wäre es durchaus relevant, ob jemand ein Beratungsmandat in der Versicherungswirtschaft ausübt oder eben nicht.

Die vorgeschlagene Regelung orientiert sich an den Transparenzbestimmungen über Interessenbindungen, die auch für die Mitglieder unseres Rates gelten, und sie finden die Zustimmung von Universität und Bildungsdirektion. Rektor Hengartner (*Michael Hengartner*) zeigte sich von Beginn weg offen für das Anliegen.

Im Rahmen unserer Beratungen und insbesondere des Austausches mit dem Rektor zeigte sich, dass Angaben zu Dienstleistungen Dritter, wie sie die ursprüngliche PI Margreiter ebenfalls forderte, nicht zielführend sind, weil es sich um Routineaufgaben und oftmals um ein Massengeschäft handelt – ohne die Gefahr von Interessenskonflikten. Mit Zustimmung der Initianten verzichten wir deshalb auf gesetzliche Regelungen zu diesem Teilbereich der PI.

Auch zur Unterstützung der Universität durch insbesondere private Drittmittel verzichten wir auf gesetzliche Regelungen. Gestützt auf unsere Beratungen, hat sich der Rektor beziehungsweise die Universität bereit erklärt, eine Fundraising-Verordnung über die Einwerbung

und Verwendung zusätzlicher Mittel zu schaffen. Sie betrifft diese PI wie auch die PI Spillmann (*Moritz Spillmann*), Kantonsratsnummer 103/2013. Der Entwurf und später die Endfassung der Fundraising-Verordnung wurden der KBIK vorgestellt und es fand ein Austausch dazu statt. Anfang März 2015 hat der Universitätsrat die Fundraising-Verordnung verabschiedet. Insofern beurteilen wir die PI Margreiter in diesem Punkt als bereits umgesetzt.

Mit der beantragten Gesetzesänderung nicht erfasst – ebenso wenig wie mit der Fundraising-Verordnung – wird die privat finanzierte Drittmittelforschung, also die Auftragsforschung in engerem Sinn. Nicht erfasst sind auch die Fachhochschule beziehungsweise deren Professorenschaft. Hier wie da vertraut die Kommission auf das Augenmass der Institutionen und eine sachgerechte Handhabung. Es wird an der gelebten Praxis und gegebenenfalls an der kantonsrätlichen Aufsicht durch die ABG (*Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit*) lieben, ob darauf zu einem späteren Zeitpunkt zurückzukommen ist.

Heute möchte ich der Universitätsleitung für den offenen Geist danken, mit dem sie das Anliegen aus dem Kantonsrat aufgenommen und umgesetzt hat. Das Bestreben, ihre Institution auch punkto Transparenz zu einem Leuchtturm in der schweizerischen und in der europäischen Bildungslandschaft zu machen, darf hier – ich glaube, im Namen der ganzen Kommission sprechen zu können – lobenswert erwähnt werden. Es scheint ganz so, als habe an meiner Alma Mater ein frischer Wind Einzug gehalten.

Gestützt auf diese Ausführungen beantrage ich Ihnen, der geänderten PI Margreiter zuzustimmen, und danke Ihnen dafür.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Auf der Tribüne begrüsse ich den Rektor der Universität, Herrn Michael Hengartner.

Claudio Zanetti (SVP, Gossau): Wir von der SVP empfehlen Ihnen bei diesem und dem folgenden Geschäft im Sinne der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Gleichwohl habe ich dazu einige Anmerkungen.

Wir von der SVP glauben, dass es gelungen ist, eine Regelung zu finden, die allen Interessen in vernünftiger Art und Weise Rechnung trägt und ausgewogen ist. Es geht hier ja um Transparenz und bei Transparenz muss man sich schon etwas fragen: Ist es immer gut, wenn Transparenz gefordert wird? Gewisse Leute scheinen dieser Ansicht zu sein, aber wir glauben, dass es doch auch Bereiche geben

muss, auch in einer Universität, also auch in einer öffentlichen Einrichtung, die eben nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen werden müssen. Zum Beispiel muss Sponsoring nicht bis ins letzte Detail ausgetragen werden. Ein weiterer Punkt ist die sogenannte Unabhängigkeit der Universität. Das ist ganz bemerkenswert, denn zur Unabhängigkeit gehört ja eigentlich auch das Recht, Geschäfte abzuschliessen mit wem man möchte. Aber offensichtlich soll diese Unabhängigkeit doch vor allem in eine bestimmte Richtung zielen. Und ich habe den Eindruck, dass sich diese Leute, die da die Unabhängigkeit der Universität etwas einschränken wollen, diesen Sponsoren immer unlautere Absichten unterstellen. Aber das ist meines Erachtens eine falsche Betrachtungsweise. Ich habe kürzlich mal im Radio auf SRF (*Schweizer Radio und Fernsehen*) in dieser sogenannten Wirtschaftssendung «Trend» gehört – es ging da im Zusammenhang mit Bildung um die Frage, ob der Standort Schweiz Industrie und produzierendes Gewerbe braucht – und da sagte der Journalist von Radio SRF, das sei schon allein deshalb wichtig, weil wir ein duales Bildungssystem hätten. Also er sagt, wir brauchten Industrie, weil wir die entsprechenden Bildungseinrichtungen haben. Das scheint mir eine verdrehte Betrachtungsweise zu sein. Wir dürfen nicht vergessen: Die ganze staatliche Ausbildung hat ja eigentlich nur das Ziel, die Menschen auf das Erwerbsleben vorzubereiten. Und gerade die technische Hochschule, die Universität, wurden ja mit dem Ziel geschaffen, für die Industrie, für das Gewerbe, für die Wirtschaft gute Leute hervorzubringen. Wir glauben, dieses Ziel dürfen wir auf keinen Fall aus den Augen verlieren, auch wenn eine Universität heute allerlei Dinge anbietet, die keinerlei volkswirtschaftlichen Nutzen haben. Sie wissen, woran ich denke, an dieses Gender-Mainstreaming und anderen Firlefanz, aber im Grossen und Ganzen muss eine Universität wichtige Leistungen hervorbringen, die unsere gesamte Wirtschaft weiterbringen. Und mit dieser geltenden Regelung, glauben wir, ist es uns gelungen, eine Regelung zu schaffen, die diesem Ziel Rechnung trägt.

Monika Wicki (SP, Wald): Tatsächlich, die Universität, die ETH, Forschung und Lehre müssen innovative, fortschrittliche und auch für die Wirtschaft sinnvolle Lösungen bringen. Dies können sie allerdings nur dann tun, wenn sie auch unabhängig von Wirtschaft und Politik sind. Mögliche Interessenbindungen müssen offengelegt werden. Mit den parlamentarischen Initiativen 103/2013 und 104/2013 forderten die Initianten die gesetzliche Grundlage, um einerseits die finanzielle Unterstützung der Universität durch Dritte und die daraus erwachsenden Interessenbindungen und andererseits die Interessenbindungen des

Lehrkörpers öffentlich zu machen und so mehr Transparenz an der Universität Zürich zu schaffen. Mit den beiden Vorstössen wurden die Diskussionen angestossen. Unterdessen hat die Universität Zürich das Fundraising neu geregelt. Ebenso liegt in der nun ausgearbeiteten Vorlage eine gute Regelung für die Deklaration von Nebentätigkeiten und öffentlichen Ämtern des Lehrkörpers vor. Indem der betroffene Personenkreis auf die Professorenschaft reduziert wird, ist eine umsetzbare Vorlage entstanden. Die dafür notwendige Änderung des Universitätsgesetzes unterstützt die SP-Fraktion. Daher stimmen wir der geänderten parlamentarischen Initiative zu.

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Die FDP steht hinter Bestrebungen zu einer transparenten und unabhängigen Forschung und Lehre. Wissenschaft soll in einem akademischen Klima, frei von einschränkenden oder tonangebenden Bindungen gegenüber Dritten stattfinden und fruchten. Die erarbeiteten Forschungsergebnisse müssen von anderen Forschenden, aber auch von der Öffentlichkeit akzeptiert und als objektiv angesehen werden. Weder die finanzierende Behörde noch ein allfälliges Unternehmen oder eine Stiftung darf Einfluss nehmen. Uns allen sind die Diskussionen bezüglich Sponsoring, Finanzierung und Interessenbindungen beziehungsweise «UBS» (*Schweizer Grossbank und Sponsorin der Universität*) noch in guter Erinnerung.

Für die FDP sind zwei Punkte zentral: Erstens sollen auch in Zukunft private Unternehmen und Stiftungen Forschungsgelder zur Verfügung stellen können. Und zweitens unterstützen wir Massnahmen, welche die Forschungsfreiheit und die Glaubwürdigkeit der Forschung stärken. Aus diesem Grund ist es unserer Ansicht nach richtig, dass der Lehrkörper der Universität seine Interessenbindungen im Sinne der Transparenz offenlegt. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zur PI 104/2013 wurde eine gute und pragmatische Lösung gefunden. Was für uns Kantonsräte an Transparenz gefordert wird, soll auch für den Lehrkörper der Universität gelten. Wir sind auch überzeugt, dass dies ohne grossen bürokratischen Mehraufwand erfolgen kann. Das Internet bietet hier, wie wir dies ja auch selbst erleben, einfache und schnelle Möglichkeiten.

Wir begrüssen auch das erarbeitete Reglement, welches die Regeln für die Finanzierung von Lehrstühlen oder Forschungsarbeiten beziehungsweise Sponsoring-Verträge festgelegt hat. Es besteht deshalb kein Bedarf, auf gesetzgeberischer Ebene tätig zu werden. Wir sind überzeugt, dass mit diesem Reglement das Anliegen der Transparenz aufgenommen wird. Gleichzeitig hoffen wir, dass es der Universität

genügend Spielraum bietet, um auch in Zukunft Forschungsgelder von Dritten zu generieren.

Die FDP wird sowohl bei der PI 104/2013 als auch bei der PI 103/2013 dem Antrag der KBIK folgen. Wir danken der Universität für die pragmatischen Vorschläge und sind überzeugt, dass sie damit ihre Glaubwürdigkeit verstärken konnte.

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): Eingereicht worden waren diese beiden PI zur Zeit des sogenannten Zürcher Appells, der von namhaften Wissenschaftlern ausgerufen wurde. In der Debatte zur vorläufigen Unterstützung der PI – das war vor über zwei Jahren – haben wir vor allem auf die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Forscherinnen und Forscher fokussiert. Die PI Margreiter hat einen erfreulichen Verlauf genommen. Aufgrund der Diskussion mit der Universität hat die KBIK dann Änderungen an der PI im Sinne eines Gegenvorschlags vorgenommen. Und nun steht die KBIK überzeugt hinter der geänderten PI, auch ich als Mitunterzeichner. Denn die geforderte Transparenz und die gebotene Vorsicht und Zurückhaltung sind darin voll und ganz aufgenommen. So empfehlen auch die Grünliberalen, das Universitätsgesetz, wie beantragt, zu ändern und der Vorlage zuzustimmen.

Ähnliches gilt auch für die PI Spillmann. Auch ihr Anliegen ist mittlerweile erfüllt. Sie kann somit, wie beantragt, abgelehnt werden. Die mittlerweile geschaffene Fundraising-Verordnung enthält die notwendigen Vorgaben. Diese sichern die Freiheit von Lehre und Forschung institutionell und glaubwürdig ab, indem die Verträge zwischen Universität und Dritten, die sich finanziell an der Universität beteiligen, öffentlich sind. Die Transparenz in der Finanzierung stärkt die Universität in ihrer tatsächlichen und auch in ihrer öffentlich wahrgenommenen Unabhängigkeit.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Auch wir Grünen stimmen der vorgeschlagenen Änderung des Universitätsgesetzes zur Offenlegung der Interessenbindungen zu. Die PI Margreiter hat das eminent wichtige Thema der universitären Forschungs- und Lehrfreiheit aufgegriffen. Sie forderte eine umfassende Offenlegung von finanziellen und mandatsbezogenen Interessenbindungen des gesamten universitären Lehrkörpers. Auslöser für diesen Vorstoss – wir haben es bereits gehört – war der lange Zeit geheime Sponsoring-Vertrag zwischen der Universität Zürich und der UBS und dass sich die Hochschulen, auch die Universität Zürich, ihre Professorinnen und Professoren den Me-

dien zunehmend aktiver als neutrale Expertinnen für gesellschaftlich und politisch relevante Fragen andienen. Für offene demokratische Gesellschaften sind Universitäten als Orte des freien Denkens, Forschens und Lehrens von grosser Bedeutung. Sowohl die Universität Zürich als auch die ETH haben in den vergangenen Jahren verlauten lassen, dass sie vermehrt wieder kritisch und unabhängig denkende Persönlichkeiten ausbilden möchten. Im Wortlaut der ETH will sich die Schweiz weiterhin erfolgreich im globalen Wettbewerb einbringen, müssen Hochschulen auch kritisches Denken fördern. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, sind Hochschulen auf günstige Rahmenbedingungen angewiesen. Eine direkte Einflussnahme finanzkräftiger privater Akteure auf Forschung und Lehre muss daher so weit wie möglich ausgeschlossen werden können. Dass die Gefahr der wirtschaftlichen Instrumentalisierung von Forschung und Lehre besteht und nicht nur ein linkes Hirngespinnst ist, zeigt der Zürcher Appell, ein internationaler Appell für die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit. Und nicht umsonst ist die Wissenschaftsfreiheit auch in der Bundesverfassung als Grundrecht verankert. Dieses Grundrecht zu schützen, das ist Aufgabe des Staates.

Die Änderungen, die die PI im Laufe der Diskussionen in der KBIK erfahren hat, sind auch für uns Grüne vertretbar. Die Drittmittelfinanzierung hat die Universität mittlerweile in einer eigenen Verordnung geregelt. Sämtliche Dienstleistungen für Dritte regeln zu wollen, wäre tatsächlich etwas unverhältnismässig. Stossend bleibt dagegen, dass über die Auftragsforschung auch künftig nicht Transparenz geschaffen werden muss. Dennoch sind wir überzeugt, dass auch mit der abgeänderten PI ein wichtiger Beitrag für die Sicherung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre geleistet wird.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Die CVP ist über die Ergebnisse und deren Konsequenzen in der Umsetzung an der Universität Zürich sehr erfreut, und wir attestieren der Universität Zürich hervorragende Zusammenarbeit auch in der Erarbeitung der Resultate dieser beiden parlamentarischen Initiativen mit dem Schwerpunkt Stärkung der Transparenz über Interessenbindungen und ihrer Unabhängigkeit.

Mit der Änderung des Universitätsgesetzes verpflichtet der Kantonsrat heute die Professorenschaft zur Offenlegung ihrer Interessenbindungen. Bis anhin stand es ihnen frei, solche Mandate öffentlich zu deklarieren. Die bisherige Unabhängigkeit im Bereich der wissenschaftlichen Forschung konnte, vor allem wenn Mittel und Interessen Dritter ins Spiel kamen, zu Interessenkollisionen führen.

Die weitere parlamentarische Initiative steht in direktem Zusammenhang mit den Abklärungen zum Sponsoring an der Universität Zürich. Diese fordert die Information über die finanzielle Unterstützung der Universität durch Dritte und den öffentlichen Zugang zu diesbezüglichen vertraglichen Regelungen. Mit dem Beschluss des Universitätsrates im Frühjahr 2015 über die Fundraising-Verordnung, die klar regelt, unter welchen Bedingungen die Universität Drittmittel einwirbt und entgegennimmt, wurde das Anliegen des Vorstosses zwischenzeitlich voll und ganz umgesetzt.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Wie im Fussball braucht es auch in einer Demokratie Spielregeln, damit sie funktionieren kann. Transparenz ist so eine Spielregel und ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Transparenz ist nicht nur bei den Wahlkampfbudgets, wie aktuell bei den National- und Ständeratswahlen wichtig, sondern auch in der Forschung. Die beiden parlamentarischen Initiativen von Ralf Margreiter und Moritz Spillmann verlangen Transparenz bei den Interessenbindungen des Lehrkörpers und der finanziellen Unterstützung von Forschungsprojekten durch Dritte.

Die Alternative Liste wird der abgeänderten PI Margreiter zustimmen. Wir bedauern aber, dass die Offenlegungspflicht der Interessenbindungen von Professorinnen und Professoren nicht so weit geht, wie sie die ursprüngliche PI Margreiter fordert. Gemäss der abgeänderten Vorlage sollen die Interessenbindungen des Lehrkörpers nicht in einem öffentlichen Register aufgeführt, sondern lediglich der Universitätsleitung schriftlich mitgeteilt werden müssen. Immerhin wird im vorgeschlagenen Gesetz festgehalten, dass der Universitätsrat eine Vorlage ausarbeiten muss, wie die Angaben von Professorinnen und Professoren der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Wir erwarten darum vom Universitätsrat, dass er so schnell wie möglich eine transparente Lösung vorschlägt, wie die Interessenbindungen öffentlich zugänglich gemacht werden können. Mit der Fundraising-Verordnung, die seit diesem Juni in Kraft ist, hat der Universitätsrat das Öffentlichkeitsprinzip bei der finanziellen Unterstützung von Forschungsprojekten durch Dritte bereits verankert.

Die Alternative Liste erwartet eine solche Regelung ebenfalls bei den Interessenbindungen des Lehrkörpers. Die Alternative Liste wird aus diesen Gründen der abgeänderten PI Margreiter zustimmen und die PI Spillmann ablehnen, da diese vom Universitätsrat bereits umgesetzt wurde.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Auch für die EDU ist es wichtig, dass die Professoren ihre Interessenbindungen offenlegen, wie wir das ja im Kantonsrat auch tun. Dies ist unbestritten und deshalb stimmen wir dem Gegenvorschlag zu und lehnen die zu weit gehende parlamentarische Initiative ab.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Ich spreche hier auch gleich zu beiden PI.

Die Offenlegung der Interessenbindungen, Nebenbeschäftigungen und Tätigkeiten in öffentlichen Ämtern ist mit der Vorlage, wie sie nun auf dem Tisch liegt, für uns genügend geregelt. Die BDP legt ebenfalls Wert darauf, dass die Universität weiterhin unabhängig bleibt. Wir haben auch keine Bedenken, dass die Universität bei Entgegennahme von Sponsoring ihre Unabhängigkeit verlieren wird. Auch die Qualität wird mit einem Sponsoring keine Einbussen erfahren. Wir sind überzeugt, dass es keine direkten Interessenkollisionen für die Erfüllung der Aufgaben der Professoren gibt. Cambridge (*britische Universität*) und Harvard (*US-amerikanische Universität*) zeigen – sie sind zu fast 100 Prozent fremdfinanziert –, dass auch bei externer Unterstützung die Unabhängigkeit einer Universität gewahrt sein kann und diese trotz Sponsorings eine hohe Qualität bieten. Die BDP wird die PI ablehnen und den Gegenvorschlag der KBIK unterstützen.

Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil): Alle technischen Feinheiten sind bereits gesagt worden. Man kann diesem Antrag getrost zustimmen. Was noch zu erwähnen wäre, wäre, dass bei dem Prozess bei der Beratung dieser parlamentarischen Initiativen alle Beteiligten sehr konstruktiv und pragmatisch miteinander zusammengearbeitet haben, und damit haben sie auch eine Lösung gefunden, die mehrheitsfähig ist. Das könnte ja unter Umständen ein Beispiel für künftige parlamentarische Vorstösse sein.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort aus dem Rat wird nicht mehr gewünscht. Es spricht noch Regierungsrätin Silvia Steiner, die ich hiermit begrüsse.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die PI verlangte ja ursprünglich eine Offenlegung der Interessenbindung des gesamten Lehrkörpers der Universität, einschliesslich der Erbringung von Dienstleistungen. Das haben wir abgelehnt, weil diese Lösung eindeutig zu weit führte. Die nun vorliegende, deutlich abgespeckte Fassung trifft offensichtlich auf

völlige Einmütigkeit, das ist ja nicht der Regelfall in diesem Rat. Mit dieser Lösung können offensichtlich alle gut leben. Sie gewährleistet Transparenz und ist praktikabel. Ich beantrage Ihnen deshalb ebenfalls, die PI abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

*I. Das Universitätsgesetz vom 15. März 1998 wird wie folgt geändert:
§ 11b*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten. Das Geschäft geht in die Redaktionskommission und kommt in etwa vier Wochen wieder in den Rat.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

3. Stärkung der universitären Unabhängigkeit

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 5. Mai 2015 zur parlamentarischen Initiative von Moritz Spillmann
KR-Nr. 103a/2013

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Referent der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Im Namen der auch hier einstimmigen Kommission für Bildung und Kultur beantrage ich Ihnen die Ablehnung der PI Spillmann. Diese PI ist im Zusammenhang mit der Kontroverse über den Vertrag zwischen der UBS Foundation und der Universität Zürich eingereicht worden – es wurde bereits erwähnt – und sie forderte die Öffentlichmachung aller vertraglichen Regelungen zwischen der Universität und Dritten.

Die in den Medien und auch in unserem Rat aufgetauchten Fragezeichen zu diesem Vertrag wurden von der ABG (*Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit*) genauer angeschaut. Die ABG kam zum

Schluss, dass zu diesem Vertrag – und nicht nur dazu, sondern generell zur Drittmittelfinanzierung beziehungsweise konkret zum Sponsoring – tatsächlich gewisse Fragen offen waren. Sie empfahl der Universität darum, eindeutige und einheitliche Regeln für die gesamte Hochschule, inklusive universitätsnahe Institute, zu erlassen.

Vor diesem Hintergrund zeigte sich der Rektor in den Beratungen der KBIK offen für das Anliegen, plädierte jedoch für einen anderen Umsetzungsweg: eine Verordnung des Universitätsrates anstelle der angestrebten Änderung des Universitätsgesetzes.

Diesem Vorschlag konnte sich die KBIK anschliessen. Bei der Präsentation der entsprechenden «Verordnung über die Einwerbung und die Verwendung zusätzlicher Mittel (Fundraising) der Universität Zürich» konnte die KBIK auch feststellen, dass sie das Anliegen der PI Spillmann erfüllt.

Der Universitätsrat hat, wie ebenfalls bereits erwähnt, diese Fundraising-Verordnung am 2. März 2015 beschlossen, woraufhin die KBIK ihrerseits beschloss, die PI Spillmann formell als erledigt abzulehnen. Wir hoffen, dass Sie sich diesem Antrag anschliessen, und danken für die Unterstützung.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach): Ich erlaube mir, angesichts der Bedeutung auch dieser Frage gerade der Sponsoring-Verträge doch eine kurze Würdigung speziell auch zu dieser parlamentarischen Initiative, auch wenn in der Diskussion bereits vieles vorgegriffen wurde. Die Diskussion bisher hat ja gezeigt: Es hat sich extrem viel bewegt, seit wir im Kantonsrat begonnen haben, über die Sponsoring-Politik der Universität zu sprechen. Ich erinnere, damals im Jahre 2013 verteidigten sowohl die Universität als auch der Regierungsrat die Geheimhaltung des Sponsorings und des Sponsoring-Vertrages. Im konkreten diskutierten Fall seien die Geschäftsinteressen der Bank UBS (*Schweizer Grossbank*) höher zu gewichten als das Interesse der Öffentlichkeit an den Finanzierungsbedingungen der Universität, so die Botschaft vor etwas mehr als zwei Jahren. Es brauchte dann auf parlamentarischer Ebene die Abklärungen der ABG sowie die heute diskutierten parlamentarischen Initiativen, auf Hochschulebene den Protest der Studierenden und der Professoren sowie eben einen neuen Rektor und vor allem auf juristischer Ebene den Gang vor die Rekurskommission der Hochschulen, bis die Universität den Vertrag schrittweise und unfreiwillig entschwärzt veröffentlichte. Und heute garantiert eben die vom Kommissionspräsidenten erwähnte Verordnung die Veröffentlichung der Verträge über finanzielle Zuwendungen und

Sponsoring. Vor allem aber zeigt die Universitätsleitung mit dem umfassenden Regelwerk, dass sie die nicht hoch genug zu veranschlagende Bedeutung der wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit erkannt hat und mehr noch eine Kultur der Transparenz zu pflegen gewillt ist. Damit verspricht die Universitätsleitung eine grundsätzlich andere Politik als noch vor zwei bis drei Jahren. Und entsprechend erwarte ich, dass die Universität die in der Verordnung bestehenden Spielräume auch im Sinne der Transparenz nutzen wird.

Die Verordnung zeigt aber auch deutlich, dass der Sponsoring-Vertrag tatsächlich nach alter Schule erfolgte. Der Vertrag ist nicht nur in Bezug auf die Geheimhaltung nicht mehr statthaft, auch folgende beispielhaft angeführten Verpflichtungen aus dem UBS-Vertrag sind in Zukunft nicht mehr möglich: So ein garantierter Sitz des Sponsors im Advisory Board oder ein nach dem Sponsor benannter Hörsaal, der Zugriff des Sponsors auf die Professoren und – am schwerwiegendsten – ein Exklusivrecht für den Sponsor an einem Institut. Kurz: Das war ein schlechter Vertrag, es war ein unglaubwürdiger Vertrag. Und genau darum ging es, um eine glaubwürdige und transparente Sponsoring-Politik, darum ging es in der parlamentarischen Initiative. Sie richtete sich nie gegen Sponsoring an und für sich, sondern zielte vielmehr auf klare Bestimmungen, unter welchen Fundraising und Sponsoring stattfinden kann. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir die PI ablehnen können. Eine Kultur der Transparenz kann man nur bedingt über Gesetze erzwingen. Weit erfolgversprechender ist es, wenn die Betroffenen selbst zur Einsicht gelangen, dass die Transparenz gerade aus wissenschafts- und universitätspolitischer Sicht sinnvoll, ja gar zwingend ist.

Und vielleicht eine kurze Replik an Claudio Zanetti: Er hat selbstverständlich recht, wenn er sagt, die Unabhängigkeit schliesst mit ein, dass man unabhängig ist, Verträge einzugehen. Aber diese Unabhängigkeit hat selbstverständlich auch wiederum Grenzen, nämlich dort, wo sie das aufs Spiel setzt, wozu wir sie als Eigentümerin in den Gesetzen verpflichten, nämlich Freiheit von Forschung und Lehre, und auch die Glaubwürdigkeit. Für eine unabhängige Forschung bedeutet eben Transparenz keine Einschränkung, im Gegenteil, sie ist deren Voraussetzung. Die Zukunft wird weisen, ob diese optimistische Würdigung berechtigt ist, heute kann man aber klar sagen, dass die Forderung der PI vollständig erfüllt ist und abgelehnt werden kann. Besten Dank.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die Grünen haben das Ziel der PI Spillmann, für Transparenz bei der finanziellen Unterstützung der Universität durch Dritte zu sorgen und damit die Unabhängigkeit der Universität zu stärken, immer unterstützt. Das öffentliche Interesse an der Offenlegung der Geschäftsbeziehungen einer Universität mit Dritten gewichten wir tatsächlich als stärker als das Interesse an Geheimhaltung. Dass der Regierungsrat noch 2012 in dieser Frage der Interessenabwägung zum gegenteiligen Schluss gekommen ist, ist für uns noch heute unverständlich. Auch wir haben in den vergangenen Jahren wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass sich die Universität den heiklen Fragen der Drittmittel stellte und die Anliegen der Initianten bei der Ausarbeitung der Verordnung über die Einwerbung und die Verwendung zusätzlicher Mittel berücksichtigte. Nachdem nun auch der Universitätsrat im März 2015 diese Verordnung gutgeheissen hat, können sich auch die Grünen mit der Ablehnung der PI Spillmann einverstanden erklären.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 159 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Kommissionsantrag zuzustimmen und damit die parlamentarische Initiative 103/2013 abzulehnen.

4. Differenzierte Lektionentafel an der Sekundarstufe

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 3. März 2015
zur parlamentarischen Initiative von Christoph Ziegler
KR-Nr. 13a/2013

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Referent der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Im Namen der Kommission für Bildung und Kultur beantrage ich Ihnen die Ablehnung der PI Ziegler.

Die Initianten fordern eine nach Abteilungen differenzierte Lektionentafel auf der Sekundarstufe, meinen aber, wie unsere Beratungen gezeigt haben, eigentlich eine individualisierte Differenzierung. Gemeint ist damit die Dispensation in einem Fach, um mehr Zeit zum Aufholen von Defiziten in einem anderen Fach zu haben. Meist geht es um Defizite im Fach Deutsch, weshalb eine Schülerin oder ein Schüler beispielsweise vom Fach Französisch dispensiert wird.

Solche Dispensationen sind heute im Einzelfall bereits möglich und werden auch genutzt. Ausserdem gibt es auf Sekundarstufe ein Wahlfachsystem, welches es den Schülerinnen und Schülern erlaubt, Wahlfächer gemäss ihren individuellen Bedürfnissen und Neigungen zu belegen. Dabei ist es möglich, ein bestimmtes Fach zu belegen, um Defizite aufzuholen.

Legt man aber, wie von den Initianten gefordert, für die verschiedenen Abteilungen der Sekundarstufe differenzierte Lektionentafeln fest, welche sich speziell in Bezug auf die Fremdsprachen unterscheiden, ersetzt man lediglich eine Starrheit durch eine andere. Auch mit solchermaßen differenzierten Lektionentafeln würde es Schülerinnen und Schüler geben, die wiederum in einzelnen Fächern überfordert wären. Bezeichnenderweise werden ja nur Änderungen bei den Sprachfächern, nicht aber eine Reduktion oder gar Dispensation von Mathematik gefordert.

Für die KBIK-Mehrheit gehen die Schulen in die richtige Richtung, wenn sie ihre Anstrengungen auf die verstärkte individuelle Förderung und das bereits erwähnte Wahlfachsystem ausrichten. Zu bedenken ist auch, dass mit einer abteilungsorientierten Differenzierung der Lektionentafeln vor allem den Abgängern der B- und C-Stufe der Weg zu weiteren Bildungsangeboten erschwert oder sogar verunmöglicht würde. Das ist bildungspolitisch nicht erwünscht.

Es ist eine Tatsache, dass einige Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit grosse Defizite auch im Fach Deutsch aufweisen. Diesem Problem mit unterschiedlichen Lektionentafeln auf

Sekundarstufe begegnen zu wollen, ist aber nicht zielführend, sondern ein Thema, das die Volksschule als Ganzes betrifft und nach anderen Lösungen ruft.

Deshalb beantragt Ihnen die Mehrheit der KBIK, diese parlamentarische Initiative von Christoph Ziegler abzulehnen. Besten Dank für die Unterstützung.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Egal, welcher Partei Sie angehören, Sie werden anerkennen, dass Jugendliche und Kinder verschieden sind, unterschiedliche manuelle und kognitive Begabungen mitbringen, Unterschiedliches unterschiedlich schnell lernen. Sie sind vermutlich wie die SVP der Meinung, dass man dieser Verschiedenheit in der Schule so begegnen muss, dass alle Kinder und Jugendlichen Erfolgserlebnisse und die Chance auf das Erreichen ihrer Lernziele haben. Man nennt das Differenzieren.

Obwohl viele Lehrpersonen heute innerhalb der Fächer differenzierend unterrichten, obwohl man didaktisch mit verschiedenen Kindern verschieden umgeht, obwohl viele sonderpädagogischen Massnahmen beschlossen werden, trotz alledem gibt es gerade in den schwächsten Leistungsniveaus zahlreiche Schülerinnen und Schüler, welche die Lernziele nicht erreichen, frustriert sind, keine Zukunftsaussichten haben, weil sie zum Beispiel im Wettbewerb um Lehrstellen gegenüber den Begabteren immer verlieren.

Chancenlosigkeit kann umschlagen in Frust, in Minderwertigkeitsgefühle – dann wollen sie die Lernziele gar nicht mehr erreichen, wenn es soweit ist –, kann eventuell in Gewalt und als Sozialfall enden. Sie sagen, es sei Aufgabe der Lehrperson, diese Jugendlichen zu motivieren. Die Aufgabe der Schule jedoch ist nicht ein Motivationsspektakel, sondern Motivation durch Ausbildung. Motivieren kann nur eine Ausbildung, in der man Chancen hat, zu den Guten zu gehören. Um diese Erfolgsgebiete einer Schülerin oder eines Schülers wird sich später auch seine Berufswahl drehen.

Sek-C-Schüler, im Französisch oder Englisch im schwächsten Leistungsniveau eingeteilt, Aufstufung unwahrscheinlich, wissen, dass sie niemals diejenige Anerkennung für ihr Französisch oder Englisch erhalten, wie dies ein Sek-A-Schüler kann. Selbst mit guten Noten im schwächsten Leistungsniveau ist man Verlierer, dort wo in der Berufswahl Fremdsprachen ein Kriterium sind. Der künftige Lehrmeister will sich keine Probleme mit den Berufsschulnoten aufhalsen und stellt den Sek-C-Schüler nicht ein, es bleibt das 10. Schuljahr, es bleibt – mit Glück – eine Attestlehre.

Hätte der betreffende Schüler anstelle einer für ihn kniffligen «verkopften» Lernsache mit unerreichbaren Zielen mehr Lektionen Handarbeit gehabt als seine Mitschüler der Sek A, nicht nur Holzen oder Metallen, sondern beides, hätte er dazu geometrisches Zeichnen gehabt, wo die hergestellten Produkte als Pläne gezeichnet sind, doppelt so viel Kochen, textile Handarbeit oder einen Schulgarten und sich so ganz praktische Fertigkeiten aneignen können, welche nur er hat, so wäre er einmal nicht der Verlierer. So könnte er dem Lehrbetrieb einen Mehrwehrt bieten, welchen ein Hochniveau-Kopf-Theoretiker nicht leisten kann. So gewinnt der Sek-C-Schüler Selbstvertrauen. Das ist heute nicht möglich. Die heutige Lektionentafel erlaubt keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Abteilungen der Sekundarstufe.

Die Differenzierung innerhalb eines Faches, innerhalb eines Unterrichts genügt nicht, auch nicht die seltene ausnahmsweise Dispensation eines Schülers oder einer Schülerin von einem Fach. Wer diese möglichen Ausnahmefälle als Grund gegen diese PI aufführt, erklärt es quasi zur Notfallmassnahme, wenn man einmal schwache Kinder in ihren Stärken fördert. Kinder in ihren Stärken fördern muss aber die Regel sein – ob für Schwache oder Starke.

Das Prinzip der differenzierten Lektionentafel hat in den 70er bis 90er Jahren hervorragend funktioniert. Es ist auch im heutigen Schulsystem ohne weiteres möglich, es zu realisieren, zum Beispiel, indem man den in den tiefsten Niveaus in Fremdsprachen eingeteilten Wahlmöglichkeiten bietet oder in Mathematik ein praktisches Rechnen anbietet. Es gäbe x Möglichkeiten. Es wäre Aufgabe der KBIK und Bildungsdirektion gewesen, solche Wege zu durchdenken, Varianten vorzuschlagen. Davon finden Sie jedoch nichts im Antrag. Man liess sich von der Bildungsdirektion ein bisschen so informieren, dass die Bildungsdirektion möglichst nichts verbessern muss. Einige der KBIK wollten auch nichts verbessern, einfach weil die PI von der GLP, der EVP und der SVP kam. Bequemlichkeit und Dünkel auf Kosten der Schülerinnen und Schüler. Der Kantonsrat kann die PI entgegen dem Antrag der KBIK überweisen, was wir Ihnen empfehlen, zu tun.

Zu Beginn habe ich ausgeführt, eine differenzierte Lektionentafel sei notwendig, obwohl schon viele Lehrpersonen differenziert unterrichten. Dazu noch Folgendes: Die hochgelobte Fachstelle für Schulbeurteilung stellt – nicht erstaunlich – genau im differenzierenden Unterricht einen gewissen Nachholbedarf fest. Der Ist-Zustand der Bemühungen ist also für sie zu wenig befriedigend. Wie lässt sich das verbessern? Es geht halt einfach viel besser, wenn erstens das Niveau der Schülerinnen und Schüler, die man zusammen unterrichtet, sich

doch einigermaßen in einer ähnlichen Bandbreite bewegt und, zweitens, die Kinder motiviert zum Selber-Lernen sind. Dazu braucht man ein Fach, das die Kids gerne haben. Eine wirklich erfolgreiche Differenzierung beginnt nicht erst im Schulzimmer, sondern damit, dass sie in der Lektionentafel dazu die Voraussetzungen verankern. Deshalb: Stimmen Sie bitte der Initiative zu.

Jacqueline Peter (SP, Zürich): Das Hauptziel der Initianten ist löblich: Sie möchten gern motivierte Schülerinnen und Schüler bis und mit zum Lehrübertritt. Sie möchten gern auch motivierte Lernende in den Betrieben. Das ist ja gut, nur: Wenn wir damit anfangen, auf der Sekundarstufe I sogenannten differenzierte Lektionentafeln zu machen, dann sind wir in einem System, in dem wir zurückgehen. Wir haben aktuell eine sogenannte durchlässige Sekundarstufe I, das heisst, alle Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, sich zu verbessern. Was Studien gezeigt haben, das gibt es auch. Es gibt solche, die auf einem schlechteren Niveau beginnen und später auf ein besseres kommen. Das betrifft nicht nur Mathematik oder Deutsch als Erstsprache, das betrifft auch Französisch. Es gibt durchaus auf Sekundarstufe C und B Schülerinnen und Schüler, die die Fremdsprachen mögen, dort auch stark sind. Es gibt auch solche, die nicht so gut sind im Werken und das auch nicht wirklich motiviert machen würden, wenn das so wäre. Und das wäre die Folge, wenn die ganze Lektionentafel differenziert würde für die Stufe. Wir sind dafür, dass weiterhin das Individuum der Schülerin, des Schülers gesehen wird. Und hier sind Differenzierungen eben möglich, das hat der ehemalige Kommissionspräsident der KBIK (*Ralf Margreiter*) bereits ausgeführt.

Kurz und gut, lehnen Sie diese PI ab.

Cäcilia Hänni (FDP, Zürich): Die FDP lehnt die PI ebenfalls ab. Matthias Hauser hat vorhin erwähnt, dass Motivation durch Ausbildung bei den Schülern erhalten werden könnte, indem die Lektionentafel verändert würde. Motivation durch Ausbildung, das können wir seitens der FDP unterstützen. Aber dass dadurch die Lektionentafel verändert werden müsste, da setzen wir unsere Fragezeichen. Matthias Hauser geht davon aus, dass sämtliche Schüler, die in Sprache, Mathematik und Deutsch nicht so gut seien, handwerklich begabt seien und dadurch in der Schule mit mehr handwerklichem Unterricht besser gefördert und zufriedener und auch erfolgreicher gemacht werden könnten. Damit würde einfach eine heute bestehende Einteilung durch eine neue Schubladisierung ausgewechselt beziehungsweise durch ei-

ne alte Schublade ausgewechselt, was es ja nicht wirklich sein kann. Dadurch würde man sämtlichen Sek-B- und -C-Schülern eigentlich zum vornherein verbauen, dass sie sich auch in einem Beruf hinein begeben könnten, der eben vielleicht gerade nicht handwerklich ist. Nicht alle, die in Sprache und Mathematik weniger gut sind als die Sek-A-Schüler sind automatisch handwerklich begabter. Es gibt durchaus auch Sek-B- und -C-Schüler, die vermutlich zwei linke Hände haben. Diese dann in einem handwerklichen Unterricht vermehrt fördern zu wollen, denke ich, macht auch wirklich keinen Sinn.

Zielführend erscheint mir in diesem Zusammenhang effektiv das heutige Vorgehen, das sicher noch mit den Jahren und wachsender Erfahrung den Bedürfnissen der Schüler vermehrt angepasst werden muss: Die Flexibilisierung und die Wahlfachmöglichkeiten im Sekundar-schulbereich, die effektiv auf die Fähigkeiten und Eignungen der einzelnen Kinder auf den einzelnen Stufen noch vermehrt eingehen und diese auf die Berufswahl gezielter vorbereiten. Dass hier noch Verbesserungspotenzial besteht, das, denke ich, anerkennt auch die KBIK und ist auch der Bildungsdirektion klar und sollte auch in den Schulstufen effektiv stattfinden. Und hier sind die Lehrkräfte sicher auch in Zukunft ganz speziell gefordert. Sie stehen an der Basis, sie stehen in der Schulstube und sie müssen effektiv hier flexibel auf die Fähigkeiten der Schüler reagieren. Aber deswegen die Lernziele und die Lektionentafel zu verändern, erachten wir im jetzigen Zeitpunkt nicht als zielführend. Wir lehnen die PI deshalb ab.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Wissen Sie, warum ich diese PI eingereicht habe? Weil ich feststellen musste, dass schwächere Jugendliche in den letzten drei Schuljahren in der Schule von einzelnen Schulfächern nicht mehr erreicht werden und so nicht mehr viel dazulernen. Ich orte die Ursache dafür unter anderem in einer gewissen Überforderung dieser Schülerinnen und Schüler. Es sind in den letzten Jahren neue Fächer dazugekommen. Der Lektionenanteil der Fremdsprachen wurde erhöht. Der Schule wird von überall immer mehr aufgefropft, was sie alles den Kindern beibringen muss. Darunter leiden eben vor allem schlechtere Schülerinnen und Schüler. Die Zeit zum Üben und Festigen von basalen Kompetenzen fehlt. Daneben sinkt bei ihnen gegen Ende der Schulzeit auch die Motivation, wenn sie merken müssen, dass man etwas lernen sollte, was man nachher mindestens in der Berufslehre nicht mehr braucht.

In der Zwischenzeit hat dies auch die Bildungsdirektion gemerkt. Dazu brauchte es eine Studie des Instituts für Bildungsevaluation an der

Uni Zürich. Nun soll reagiert werden – mit einem neuen Projekt. Ein neues Projekt mit dem Namen «ALLE» soll mit geeigneten Massnahmen die Kompetenzen der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler in Deutsch und Mathematik verbessern, eben in den Fähigkeiten, die für ihr berufliches Fortkommen wichtig sind. Genau darum geht es in dieser PI. Leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler sollen mindestens am Ende ihrer Schulzeit in den basalen Fähigkeiten gestärkt werden, den Fähigkeiten, welche sie nachher für die Berufslernlehre brauchen. Eine Abgängerin der Sek A braucht für ihren beruflichen Fortgang andere Fähigkeiten als ein Abgänger der Sek C. Deshalb muss am Ende der Schulzeit differenziert werden. Die Schule hat schliesslich die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler auf das spätere Leben vorzubereiten.

Verschiedene Votanten versuchen nun das Haar in der Suppe bei diesem Vorstoss zu finden. Sie finden es mühsam und schwierig, die Stundentafel anzupassen. Es ist auch unbestritten, dass die Bildungsdirektion das von mir geschilderte Problem anerkennt und dem mit Projekten, vermehrten Dispensationen, einem noch flexibleren Stundenplan im neunten Schuljahr oder Ähnlichem begegnen will. Doch es ist wie beim Kochen: Manchmal hilft alles Würzen nichts, wenn das Rezept falsch ist. Manchmal muss man die Grösse haben, das zu erkennen. Eine massvoll differenzierte Stundentafel wird die Schullandschaft nicht umkrepeln, aber vielen das Leben leichter machen. Die Suppe wird wieder geniessbar sein.

Das sture Festhalten an der gleichen Stundentafel würde uns auch in Zukunft Probleme bringen. Im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 wird bereits wieder über die Aufnahme von neuen Fächern, wie IT oder Berufswahlkunde, diskutiert. Doch wo soll gestrichen werden? Dabei ist es doch klar, dass der Sek-B- und -C-Schüler zum Beispiel bei der Berufswahl intensiver unterstützt werden müsste als Sek-A-Schüler. Neuste Tendenzen zeigen nun, dass die Stundentafel im Hinblick auf den Lehrplan 21 noch flexibler gestaltet werden soll, was ich ja durchaus begrüsse. Es wird also munter weiter gesalzen und gewürzt, von daher wenigstens hat die PI ja hoffentlich bereits etwas Wirkung gezeigt.

Ebenfalls könnte es zur Linderung des Sprachenstreits beitragen, wenn zum Beispiel Französisch am Schluss der obligatorischen Schulzeit für schwächere Schüler und Schülerinnen zugunsten von Deutsch gestrichen werden könnte. Eine differenzierte Lektionentafel auf der Sekundarstufe haben wir übrigens bereits. Für die 10 Prozent der leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler wird im Langzeitgymnasium eine andere Stundentafel angeboten. Sie haben offensicht-

lich nicht die Kapazität, eine dritte Fremdsprache, nämlich Latein, zu lernen. Auch wird es bei ihnen offensichtlich als unnötig erachtet, handwerkliche Fähigkeiten zu schulen. Ich frage Sie: Warum werden diese 10 Prozent ausgenommen und die anderen 90 Prozent bezüglich Kapazität und Bedürfnisse in den gleichen Topf geworfen? Ich bitte Sie, diese PI anzunehmen.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Auch wir Grünen lehnen diese PI ab. Wir sind klar der Meinung, dass alle Schülerinnen und Schüler in der Volksschule gleichermassen ein Anrecht auf eine umfassende Bildung haben. In einem mehrsprachigen Land mitten in Europa muss damit auch die Fremdsprachenbildung gemeint sein. Zudem ist die Selektion der Schülerinnen und Schüler in der sechsten Primarklasse in unserem Schulsystem leider nicht über alle Zweifel erhaben. Wir wissen es, es sind weniger die effektiven Leistungen der Schülerinnen und Schüler als vielmehr die Bildungserwartungen der Eltern, die darüber entscheiden, wer welcher Sek-Abteilung zugeteilt wird. Wir können also nicht davon ausgehen, dass alle Sek-C- und alle Sek-B-Schülerinnen und -Schüler völlig fremdsprachenunbegabt sind oder kein Interesse an diesen haben. Auch mit Blick auf die Berufswahl dieser Gruppe von Schülerinnen und Schüler wäre eine differenzierte Lektionentafel fatal. Es kann nicht unser Interesse sein, diese Berufswahl noch stärker einzuschränken, als dies ohnehin schon der Fall ist.

Die heutigen Vorkehrungen zur Entlastung vom Fremdsprachenunterricht erachten wir tatsächlich als ausreichend. Bei Schülerinnen und Schülern, deren Leistungen wesentlich von den Vorgaben der Stufen- und Klassenlernziele abweichen, können die Lehrpersonen bereits heute individuelle Lernziele festlegen. Und auch die Schülerinnen und Schüler der Abteilungen B und C haben im dritten Sekundarschuljahr die Möglichkeit, nur eine Fremdsprache zu wählen beziehungsweise eine Fremdsprache abzuwählen. Davon machen diese Schülerinnen und Schüler auch bereits rege Gebrauch, dies zu einem Zeitpunkt, wo etwas mehr Klarheit über die weitere Laufbahn besteht.

Wir Grünen wünschen uns also keine Anpassung der Lektionentafel und schon gar nicht, dass der Fremdsprachenstreit auf dem Buckel der Sek-C- und Sek-B-Schülerinnen und -Schüler ausgetragen wird.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Geschätzter Christoph Ziegler, du kochst offenbar mit Rezept, was auch nicht sehr flexibel ist, und ich finde die Haare in der Suppe – vor allem, wenn sie von mir selbst stammen – relativ schnell, wenn sie rot sind und nicht grau. Die CVP

lehnt die vorliegende PI ab. Unterschiedliche Lektionentafeln an der Sekundarstufe schaffen keine Flexibilität. Die Stärken der Jugendlichen in den verschiedenen Abteilungen besser fördern zu können und damit insgesamt die Motivation der Schülerinnen und Schüler zu steigern, ist selbstverständlich auch für die CVP ein wichtiges Anliegen. Aber die Kritik an der Starrheit der Lehrpläne würde mit der Einführung von verschiedenen Lektionentafeln nicht ausgeräumt, sondern durch neue ersetzt, welche wiederum zu Ungerechtigkeiten führen würden.

Es existiert bereits eine individualisierte Differenzierung. Zum einen besteht heute schon die Möglichkeit der Dispensation von einem Fach, um dadurch Defizite in einem anderen Fach aufholen zu können. Zum andern wurde der Weg zur Ausrichtung auf die individuellen Bedürfnisse auch mit der Neugestaltung der Sekundarstufe gerade durch die Stärkung des Wahlfachsystems eingeschlagen. Für die CVP ist diese Schwerpunktsetzung, die diese Konzeption erlaubt, überzeugender als die Festlegung von Lektionentafeln pro Abteilung, insbesondere weil sie eine Flexibilität für die Schülerinnen und Schüler zulässt. Vielen Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ein Elefant, ein Löwe und ein Eichhörnchen wollen einen sportlichen Wettkampf ausführen und sich messen. Sie machen dies, indem sie ein Rennen machen, wer am schnellsten den Baum hochklettern kann. Sie können sich vorstellen, wie dieser Wettkampf ausgehen wird. Und dies, obwohl alle drei die gleichen Rahmenbedingungen und exakt die gleichen Regeln vereinbart haben. Es gibt eben Situationen im Leben, in denen es richtig ist, dass alle Menschen gleich behandelt werden, zum Beispiel, wenn es um das Gesetz geht. Es gibt aber auch Situationen, wie jetzt hier in der Schule, in denen Schülerinnen und Schüler differenziert behandelt werden müssen. Da ist es eben geradezu ungerecht, wenn die Schülerinnen und Schüler gleich behandelt werden, wie es hier bei den Lektionentafeln der Fall ist. Wenn man die Gaben und Grenzen von Schülerinnen und Schülern wirklich ernst nimmt und ihnen gerecht werden will, dann braucht es eine grössere Differenzierung. Wer seine letzten Schuljahre in der Sek C abschliesst, hat bereits eine Schulkarriere voller Misserfolge hinter sich. Und was diese Schülerinnen und Schüler jetzt brauchen, ist Selbstvertrauen und nicht «Subjonctif». Das Ziel der letzten Schuljahre muss es sein, diese Mädchen und Jungen optimal auf den Einstieg ins Berufsleben vorzubereiten. Sie können jetzt schon sagen «ja, man kann noch vieles optimieren», nur Sie tun es eben nicht. Heute haben Sie die Möglichkeit, etwas zu tun. Und wer

das nicht macht, der hat hier nur Lippenbekenntnisse abgegeben, aber seinen Worten keine Taten folgen lassen.

Die EVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass eine grössere Differenzierung bei den Lektionentafeln den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern gerechter wird, und wird diese PI deshalb auch definitiv unterstützen.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die PI Ziegler verlangt unterschiedliche Lektionentafeln für die Sek-A-, -B- und -C-Schülerinnen und Schüler. Die Initianten behaupten, dass schwächere Sek-Schülerinnen und -Schüler durch zwei obligatorische Fremdsprachen überfordert würden. Die Initianten behaupten weiter, dass Sek-B- und -C-Schülerinnen und -Schüler von einem intensiveren Deutschunterricht und der Teilnahme an handwerklichen Kursen mehr profitieren würden. Mit ihren Behauptungen kaschieren die Initianten, dass es ihnen vielmehr um die Förderung von Sek-A-Schülerinnen und -Schülern geht. Sek-B- und -C-Schülerinnen und Schüler werden damit von vornherein in die Schublade der nicht bildungsfähigen Schülerinnen und Schüler abgelegt. Welche Auswirkungen dies für ihre zukünftige Berufslaufbahn haben wird, steht in den Sternen.

Mit der PI Ziegler werden Sek-B- und -C-Schülerinnen und -Schüler diskriminiert, weil sie von vornherein als nicht bildungsfähig abgestempelt werden. Aus diesem Grund unterstützt die Alternative Liste die PI nicht. Unserer Meinung nach gibt es zielführendere Lösungen, gute und gleichzeitig auch schwächere Schülerinnen und Schüler zu fördern, ohne die Lektionentafel zu verändern. Zielführender ist die individuelle Förderung, die heute schon möglich ist. Ein gangbarer Weg wäre beispielsweise auch die Durchmischung der Sek-Klassen, wie dies seit einigen Jahren erfolgreich im Schulkreis Limmattal der Stadt Zürich praktiziert wird. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Die EDU ist enttäuscht, dass die Politik die Realität im Schulzimmer wiederholt ausblendet und alle erdenklichen Gründe sucht, um keinen Schritt in die geforderte Richtung zu tätigen. Jedes Mal, wenn ich einen Schulbesuch in der Oberstufe machte, hörte ich von den Lehrpersonen, dass zwingend eine Entschlackung der Fremdsprachen in Sek B und C stattfinden muss, und zwar zugunsten der Grundfächer Deutsch und Mathematik. Die PISA-Studie (*internationale Schulleistungsuntersuchung*) von 2009 zeigt mit aller Deutlichkeit auf, dass eine Änderung im Fremdsprachenunterricht für lernschwächere Schüler unumgänglich ist. Rund 20

Prozent der Schulabgänger erreichen die Lernziele nicht und gehören zur Risikogruppe. Insbesondere in Klassen mit einem hohen Fremdsprachenanteil sind es über 40 Prozent der Jugendlichen, die zur Risikogruppe gehören. Da sollten uns doch die Alarmglocken läuten. Auch viele Lehrabbrüche zeigen auf, dass insbesondere Sek-C-Schüler mit dem Schulstoff überfordert sind, weil sie beim Schulabschluss nicht über das nötige Rüstzeug für einen optimalen Start in die Berufsausbildung verfügen. Sie haben Mühe mit Deutsch und Mathematik, und von den Fremdsprachen kennen sie nur noch die schlechten Noten. Was nützt es einem lernschwächeren Kind, wenn es sich mit Fremdsprachen abmühen muss und dabei schon mit den Grundfächern Deutsch und Mathe vollkommen überfordert ist? Dies ist Ressourcenverschwendung. Sek-C-Schüler haben gar keine Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, in dem Fremdsprachen gefordert sind. Weshalb wird dann die Lektionentafel mit Fremdsprachen überladen? Die heutige mögliche Befreiung vom Fremdsprachenunterricht ist auch nicht die gewünschte Lösung, denn die Schüler erhalten nicht automatisch zusätzliche Unterstützung in den Grundfächern. Oftmals haben sie mehr Freizeit oder können ein anderes Wahlfach besuchen. Sie können doch nicht die Notfallmassnahmen zum Normalfall erklären.

Lernschwächere Schüler müssen fit gemacht werden für das Erwerbsleben. Sie müssen in den Grundfächern Deutsch und Mathe so gefördert werden, dass sie den Einstieg in die Berufslehre meistern. Die EDU wird an der PI weiterhin festhalten. Es ist dringlich, dass unsere Jugend differenziert gefördert und für das Erwerbsleben fit gemacht wird.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Die PI hat durchaus ihren Reiz, insbesondere in den B- und C-Klassen könnte eine Dispensation von einzelnen Schülerinnen und Schülern im Fremdsprachenunterricht durchaus sinnvoll sein. In der Praxis sieht es jedoch ein bisschen anders aus. Unsere Sekundarschule ist auf einem System der Durchlässigkeit aufgebaut. Wenn nun eine unterschiedliche Lektionentafel eingeführt wird, ist die Durchlässigkeit mit dieser Vorlage nicht mehr gewährleistet. Wenn wir eine Änderung der Sekundarschule wollen, müssen wir die Sekundarstufe grundsätzlich überdenken und nicht mit einer kleinen Anpassung Pflasterlipolitik betreiben. Nach Abwägen der Vor- und Nachteile werden wir die PI nicht unterstützen. Wir wollen mit einer Anpassung der Lektionentafel den B- und C-Schülern mit einer neuen individuellen Lektionentafel den Zugang zur Berufswelt nicht erschweren. Bei Überforderung der C- und B-Schüler kann in speziellen Fällen heute schon ein spezielles Programm angeboten

werden. Mit dem «Stellwerk» in der dritten Sekundarklasse ist bereits heute gewährleistet, dass die Schüler bezüglich ihrer Berufswahl und ihrer Interessen individuell gefördert werden können. Deshalb wird die BDP die PI nicht unterstützen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Erlauben Sie mir, dass ich noch einen Aufwisch mache von all dem, das ich gehört habe von den Gegnerinnen und Gegnern dieser PI. Zuerst zu Frau Hänni: Sie haben gesagt, dass die Sek-B- und -C-Schüler nicht unbedingt begabter sind. Das stimmt natürlich am Anfang der Sekundarstufe und vermutlich, was die Begabung betrifft, auch noch am Ende, wenn man sagt, die Begabung kann nicht gebildet werden. Aber was Tatsache ist, ist, dass sie unbegabter sind in den Fremdsprachen und in der Mathematik, dass sie hier die Leistungen nicht bringen und am Schluss der Sekundarschulzeit über den gleichen Leisten geschlagen werden in genau diesen Fächern und nicht die Chance hatten, in den anderen Fächern etwas zu bieten. Es geht doch darum, dass wir sagen: Wenn diese Schülerinnen und Schüler in der Nische, wo man Französisch, Englisch, Deutsch und Mathematik sehr gut können muss, wenn sie dort chancenlos sind, dann geben wir ihnen doch die Chance, irgendwo sonst Kompetenzen zu erwerben. Um das geht es. Dann haben die auch echt eine Chance. Das hat früher in den 80er und 90er Jahren noch tipptopp funktioniert, dort haben die Sek-B- und die Sek-C-Schüler nämlich sehr viele handwerkliche Berufe im Gewerbe ergreifen können und waren gute Lehrlinge und Lehrtöchter. Und nachher hat das aufgehört. Und wissen Sie, warum das aufgehört hat? Weil sie eben dann an den gleichen Fächern gemessen wurden wie die Sek-A-Schüler. Dann schaut der Lehrmeister das Zeugnis an und hat den Vergleich in den genau gleichen Fächern und logischerweise nimmt dann jeder Gewerbler die Schüler, die besser qualifiziert sind.

Jacqueline Peter und Stefan Hunger haben die Durchlässigkeit des Oberstufensystems betont. Da muss man einfach die Realität sehen. In einer Klasse wechseln vielleicht drei bis vier von etwa 25 Schülerinnen und Schülern während drei Jahren, und dann höchstens in einem Niveaufach. Stammklassenwechsel sind sehr selten und oftmals mit einem Jahr Repetition verbunden. Die Durchlässigkeit ist heute nicht gross. Und weshalb ist die Durchlässigkeit nicht gross? Weil das Niveau der unterschiedlichen Anforderungsstufen schon nach einem oder eineinhalb Jahren sehr auseinander geht. Da kann man sowieso nicht mehr ohne eine Repetition die Stufe wechseln. Und die Durchlässigkeit ist sehr viel geringer und die Chancenlosigkeit der Sek-C- und Sek-B-Schüler heute sehr viel höher.

Karin Fehr hat eine umfassende Bildung angesprochen. Umfassend bedeutet aber nicht, dass man sich dort bildet, wo man keine Chancen hat, sondern umfassend würde bedeuten, dass jeder sich dort bilden kann, wo er Chancen hat. Dasselbe gilt auch für Corinne Thomet. Sie hat gesagt, die CVP möchte selbstverständlich, dass man Stärken fördert. Aber die CVP tut nichts, sonst würde sie diese PI unterstützen. Sie hat das Wahlfachsystem angesprochen. Aber auch das Wahlfachsystem war in den 80er und 90er Jahren viel ausgeprägter, als heute überhaupt möglich ist. Da konnte man viel mehr Wahlfächer besuchen und die Schüler konnten sich viel mehr differenzieren, als heute in der Schule möglich ist, auch dank «Stellwerk».

Nun, viele der SP, FDP-Gewerbler und CVP-Gewerbler waren recht ruhig während meines ersten Referates. Sie haben zugehört und ich glaube, sie haben sich gedacht «Der hat recht». Und dann haben sie ihre eigenen Bildungspolitiker gehört und stimmen jetzt so wie ihre eigenen Bildungspolitiker. Ich bitte Sie, geben Sie sich einen «Schupf», stimmen Sie dort, wo Sie das Gefühl haben, die Argumente seien besser. Ich bin überzeugt, das ist bei den Befürwortern dieser PI.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich musste lachen, als heute Morgen Christoph Ziegler in die Runde brachte, warum er denn einen solchen Antrag gestellt habe. Mein Gedanke war natürlich: Sein Vater (*Altkantonsrat Thomas Ziegler*) hat es schon getan – mit dem gleichen Resultat. Schon damals hing er einer seltsamen Idee nach, nämlich der Idee, dass schwächere Schüler weniger Bildung brauchen als stärkere. Ich habe sie damals nicht verstanden, ich werde sie heute nicht verstehen und wahrscheinlich auch morgen nicht. Es ist doch genau anders: Schwächere Schüler brauchen mehr Unterstützung, mehr Bildung, und genau so funktioniert unser Schulsystem. Herr Hauser und Herr Ziegler sprechen natürlich hier drin für die Lehrerlobby. Für eine Lehrperson ist es bedeutend einfacher, wenn eine Schulklasse auf ungefähr demselben Niveau zu unterrichten ist, wenn es weniger Unterschiede gibt, wenn die Binnendifferenzierung begrenzt ist. Das ist einfacher, als schwächere Schüler zu motivieren, mehr zu lernen oder mitzumachen.

Wir sprechen hier jetzt immer von den handwerklich begabten Schülerinnen und Schülern, die dann eine Lehre machen und ein sehr glückliches Leben führen. Erstens gibt es diese einseitig begabten Kinder nicht, das sollte man einfach wissen, wenn man schon einmal in einer Schulklasse zugeschaut hat, das gibt es nicht. Und dann geht es doch nicht an, dass wir hier sagen: Diese Kinder müssen nur gerade das ler-

nen, was später ihr Lehrmeister braucht. Und dann kommt noch dazu: Heute kann man Karriere machen. Vielleicht wollen genau diese Kinder später mal eine Firma eröffnen und Unternehmerin oder Unternehmer werden, wie es ja heute Mode ist, habe ich in der NZZ gelesen. Auch dann brauchen sie eben Mathematik, und in der heutigen Zeit brauchen sie Fremdsprachen. Und alles andere, muss ich sagen, ist traurig, wenn wir ihnen dies hier versagen wollen. Darum gilt einmal mehr: Es gibt die Durchlässigkeit und es gibt die Binnendifferenzierung. Und damit muss die Schule, damit müssen die Lehrpersonen arbeiten. Etwas anderes geht nicht und deshalb lehnen wir bitte diese PI ab, die ja übrigens nicht einmal einen Antrag auf Nichtablehnung hat. Darum stimmen wir so, wie das die Mehrheit der KBIK macht. Danke.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte zuerst etwas zum Votum von Frau Stofer sagen. Die Chancen auf eine Lehrstelle für Sek-C-Schülerinnen und -Schüler steigen, wenn sie im Fach Deutsch vermehrt gefördert werden. Französischkenntnisse zum Beispiel sind bei diesen Schülerinnen und Schülern für die Berufswahl nebensächlich. Das ist keine Augenwischerei, sondern eine Beobachtung aus langjähriger Praxis.

Und zum polemischen Votum von Frau Guyer: Ich will nicht weniger Bildung für Sek-B-Schülerinnen und -Schüler, sondern eine Bildung, die etwas nützt, die diesen Schülerinnen und Schülern etwas nützt.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Wir haben jetzt sehr viel gehört. Was mich sehr befremdet, ist, wenn Ralf Margreiter davon spricht, dass wir am Ende der obligatorischen Schulzeit Schülerinnen und Schüler mit grossen Defiziten in Deutsch haben. Das ist eine Frustration hoch zehn. Aber die Defizite in Französisch und Englisch sind dann noch höher. Also diese Frustrationen dürfen einfach nicht weggeredet werden. Ich würde sagen: Wenn dem so ist, dann hat nämlich das Schulsystem versagt. Die PI möchte hier eigentlich unterstützend einwirken. Meine Kollegen Matthias Hauser und Christoph Ziegler haben es hier klar und deutsch gesagt: Mich dünkt, dass die Ablehnung der PI durch AL, SP, Grüne, CVP und FDP mehr mit Resignation zusammenhängt, weil hier keine eigenen Ideen vorhanden sind. Ich bin überzeugt, dass mit der Ablehnung einfach die Augen verschlossen werden, weil man das Problem nicht lösen will. An Frau Guyer: Es geht doch nicht um weniger Bildung, sondern um gezieltere Bil-

dung. Und es geht nicht darum, Leute oder Kinder einfach auf der Strasse zu lassen. Unterstützen Sie bitte die PI. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Die differenzierte Lektionentafel hat nichts mit weniger Bildung zu tun, Frau Guyer, sondern mit einer anderen, differenzierten Bildung, welche eben die schwächeren Jugendlichen mehr fördert und ihnen mehr bringt. Frau Guyer, Sie schütteln Ihren Kopf. Ich weiss nicht, ob Sie in letzter Zeit wieder mal draussen waren und mit ein paar Gewerblern in diesem Kanton gesprochen haben oder ob Sie nur irgendwo in einer geschützten Werkstatt nur Theorie abgehandelt haben. Das Problem für unser Gewerbe ist, dass die schwächeren Jugendlichen, welche aus einer Sek B oder C kommen, eben Schwächen in Deutsch und in der Mathematik und in den handwerklichen Fertigkeiten haben. Und genau das will diese PI fördern, Frau Guyer. Aber wir können noch weiter Theorie und theoretische Bildungspolitik machen, wie sie aus Ihrer und Herrn Margreiter's Ecke kommt. Das verfolgen wir in den letzten Jahren immer wieder: Theorie, Theorie, Theorie. Nein, es braucht Praxis. Man muss fördern – und man muss mit einer differenzierten Lektionentafel fördern – im Bereich Deutsch, Mathe und handwerkliche Fertigkeiten. Und dagegen wehren Sie sich, das verstehe ich nicht.

Michael Welz (EDU, Oberembrach) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte hier noch ein Bild verwenden: Wenn jemand nicht laufen kann oder nicht gehen kann, dann müssen wir ihn im Gehen und im Laufen üben und nicht im Velofahren. Und genau das ist hier das Problem. Wir müssen unseren Jugendlichen, die etwas Mühe haben mit dem Schulunterricht, fit für das Berufsleben machen. Ich habe vier Kinder. Alle vier Kinder haben eine Berufslehre gewählt. Drei von ihnen müssen keine Fremdsprachenkenntnisse haben für ihre Berufslehre. Und wenn sie dann später einmal eine höhere Schule besuchen wollen, dann machen sie vorher ein Praktikum oder irgendeinen Auslandsaufenthalt und sie machen alles oder noch viel mehr wett, was sie in der Schule verpasst haben.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Kinder und Jugendliche lernen unterschiedlich, haben schon immer unterschiedlich gelernt. Gleichzeitig ist durch die Pluralisierung der Gesellschaft die Heterogenität grösser, auch in der Sekundarstufe. Trotzdem, lehnen Sie die PI ab. Denn nicht immer durch feinere Strukturierung der Lektionentafel soll die Begleitung verbessert werden, sondern mit Lernen und innerer

Differenzierung und mit Lernen am gemeinsamen Gegenstand, mit Lehren und Lernen zusammen. Lehnen Sie diese PI ab, denn dies ist der Weg für unsere Volksschule und nicht eine weiter verfeinerte Strukturierung.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Referent der KBIK: Zuerst eine kurze Bemerkung ad personam: Wenn Herr Amrein schauen würde, was ich beruflich tue, würde er mir kaum vorwerfen wollen, es gehe um theoretische Bildung um der Theorie willen. Aber ich ergreife das Wort nicht zum zweiten Mal, um diese Bemerkung loszuwerden, sondern weil die Arbeit der Kommission angesprochen wurde. Konkret hat beispielsweise Matthias Hauser der KBIK der letzten Legislatur Bequemlichkeit und Dünkel auf dem Buckel der Schülerinnen und Schüler – ich glaube, das ist ziemlich wörtlich zitiert – vorgeworfen.

Nun, trifft das zu oder liegt das Problem vielleicht eher anderswo? Wir alle wissen, dass sich Fremdsprachen für sehr lebhaft Debatten eignen, weil darin und darum herum sich sehr vieles projizieren lässt. Nur, die Frage ist ja: Ist diese parlamentarische Initiative für anerkannte, für erkannte Probleme die richtige Antwort? Und die Kommission war der Meinung und hat entsprechend Antrag gestellt: Nein, diese parlamentarische Initiative ist nicht die richtige Antwort, und zwar nicht aus Bequemlichkeit oder wegen Dünkels, sondern weil wir uns angeschaut haben, was die Realität im Schulfeld denn ist, wie die heutige Lösung aussieht, und weil wir der Meinung waren, dass es mässig zielführend wäre, eine Ungerechtigkeit durch ein starres System durch die nächste Ungerechtigkeit durch ein anderes starres System zu ersetzen, sondern weil wir darauf setzen, dass im Schulfeld grundsätzlich richtig gehandelt wird und individuell auch richtig gehandelt werden kann, weil Möglichkeiten dafür da sind. Es ist, Christoph Ziegler, nicht in der Kommission die Auffassung aufgekommen, es wäre einfach mühsam und schwierig, an der Lektionentafel zu schrauben und diese zu differenzieren, sondern wir waren einfach der Meinung, es wäre, so aufgesetzt, total falsch. Und Stefan Hunger hat richtig angesprochen, worum es eigentlich im Hintergrund geht: Wenn wir eine ganz andere Sekundarstufe haben wollen, dann müssen wir sie auch grundsätzlich überdenken und nicht Flickwerk produzieren. Die Kommission hat mit ihrem ablehnenden Antrag zu dieser PI unter anderem nur gesagt: Wir wollen keine Flickschusterei. Heute findet die Spezialisierung und Differenzierung ab der Sekundarstufe II statt, in den Berufslehren, im Gymnasium. Einzige Ausnahme: das Langgymnasium. Es ist eine Welt denkbar, in der diese Profilierung früher erfolgt, dann soll man das aber auch konzeptuell verstehen und strate-

gisch diskutieren. Ich glaube nicht, dass sich die Kommission dieser strategischen Diskussion verschlossen hätte, wenn die parlamentarische Initiative denn dazu Anstoss gegeben hätte. Hat sie aber nicht. Das hat nichts mit Bequemlichkeit und Dünkel zu tun, sondern vielleicht damit, dass die PI schlicht am falschen Ort ansetzt.

Um mit Markus Schaaf zu sprechen: Es ist eine Sekundarstufe denkbar, in der es ein Profil «Elefant», ein Profil «Löwe» und ein Profil «Eichhörnchen» gibt. Davon ist aber nicht die Rede in der parlamentarischen Initiative. Das einfach als Erläuterung und Erklärung, was die Kommission getan hat, auf welcher Grundlage und dass es mit den Vorwürfen von Herrn Hauser nicht so weit her ist.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Als Berufsbildner mit schon über 20 Lernenden – immer nur einer – in einem ganz kleinen Betrieb und als Berufsschullehrer erlaube ich mir doch noch ein paar Bemerkungen zu meinen Vorrednern. Ich unterrichte am Strickhof in einem handwerklichen Beruf. Und was ich jetzt da alles gehört habe, da klopft mir das Herz. Es trifft mich sehr hart, wenn da von Abbau der Bildung gesprochen wird. Es geht nicht um Abbau der Bildung, sondern es geht tatsächlich um Förderung. Gerade in unserem Beruf haben die Lernenden ja die Möglichkeiten, den Lernort zu wechseln und ein Jahr Französisch zu lernen. Aber ich bitte Sie, wenn am Ende der Schulzeit dann nicht mal mehr ein Dreisatz drin liegt, dann haben wir etwas falsch gemacht. Und genau das unterstützen Sie jetzt. Unterstützen Sie diese PI, es geht eben um Bildung, es geht um die Förderung dieser Begabungen, sodass sie in ihrem Beruf den Eintritt ins Erwerbsleben schaffen. Schaffen Sie die Möglichkeit, entlasten Sie die Schülerinnen und Schüler und fördern Sie sie in ihren Kompetenzen. Danke für die Unterstützung.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Initianten verlangen unterschiedliche Lektionentafeln für die drei Abteilungen der Sekundarschule. Ähnliche Vorstösse – es wurde bereits erwähnt – gab es schon. Und ich muss sagen: Sie sind zu Recht abgelehnt worden, denn diese Idee hat einen Mangel. Es wird damit die Beseitigung einer Starrheit angestrebt, aber gerade das kann mit unterschiedlichen Lektionentafeln nicht erreicht werden. Mit einer solchen Lösung, wie von den Initianten verlangt, würde im Gegenteil eine noch starrere Variante zementiert, die jegliche Flexibilität unterbindet. Bei den Lernzielen wollen wir aber flexibel bleiben und wir wollen vor allem eines: Wir wollen

auf die individuellen Fähigkeiten der jungen Menschen eingehen. Das kann man nicht mit einer Stundentafel.

Viel zweckmässiger ist es, die leistungsschwächeren Regelschülerinnen und Regelschüler von gewissen Fächern und Lerninhalten zu dispensieren. Nur so kann man auf ihre Bedürfnisse eingehen, und das ist heute schon möglich. Es wird aber mit der geplanten Änderung der Volksschulverordnung und der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen noch optimiert werden. Diese Verordnungsänderung ist in der Pipeline und sieht vor, dass neu neben der dauernden auch eine vorübergehende Dispensation möglich sein soll. Damit erhalten insbesondere leistungsschwächere Regelschülerinnen und Regelschüler die Gelegenheit, sich dank der gewonnenen Zeit anderen Fächern und Lerninhalten, bei denen sie Schwierigkeiten haben, widmen zu können. Aber auch Schülerinnen und Schüler, die in einzelnen Fällen überdurchschnittlich gut sind, also teilleistungsstarke, können zugunsten anderer Fächer dispensiert werden. Das heisst, mit einer solchen Lösung können wir wirklich individuell auf die einzelnen Schüler eingehen, was mit der Lektionentafel, wie anbegehrt, eben nicht können. Sie würden ja einem übergewichtigen Kind auch nicht den Turnunterricht streichen, weil es sich dadurch gestresst und überfordert fühlt, sondern im Gegenteil noch mehr Turnstunden anordnen. Wenn jemand Schwächen hat, soll man ihn fördern können. Die verlangte unterschiedliche Lektionentafel würde aber genau diese individuelle Förderung verhindern.

Und wenn Sie in der Sek B kein Französisch mehr unterrichten, verwehren Sie vielen Sek-B-Schülern den Zugang zu diversen Berufen. Die PTT (*Heiterkeit. Nicht mehr gebräuchlicher Begriff für die Schweizer Post.*) beispielsweise verlangt von ihren Lernenden zwingend Französisch. Die Lernenden müssen in der Berufsschule Französisch belegen, wenn sie es in der Sekundarschule nicht mehr besucht haben. Ich weiss nicht, weshalb es eine solche Aufregung gibt, aber die PTT (*Heiterkeit*) beschäftigt sehr viele Lernende, und nicht nur Sek-A-Schüler. Lehnen Sie also diese PI ab und folgen Sie dem richtigen Mehrheitsentscheid der KBIK.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

*Detailberatung**Titel und Ingress**I. und II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 91 : 71 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), dem Kommissionsantrag zuzustimmen und die parlamentarische Initiative 13/2013 abzulehnen.

Das Geschäft ist erledigt.

Fraktionserklärung der SP und Grünen zum Entscheid des Bundesrates zum Pistenausbau

Priska Seiler Graf (SP, Kloten): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der SP und Grünen: Bundesdiktat missachtet Verfassung, Gesetz und Demokratie.

Die SP und die Grüne Fraktion sind empört über das verfassungs- und gesetzeswidrige Diktat des Bundesrates zugunsten des Pistenausbaus am Flughafen Zürich. Es verletzt die Hoheit des Kantons bei der Raumplanung gemäss Artikel 75 der Bundesverfassung und foutiert sich um das vom Raumplanungsgesetz Artikel 12 vorgeschriebene Bereinigungsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den für die Luftfahrt zuständigen Bundesstellen und unserem für die Richtplanung zuständigen Kantonsrat.

Einmal mehr geniesst die Luftverkehrsbranche trotz sehr bescheidener Profitabilität Vorrechte vor den Interessen ganzer Kantone und vor demokratisch beschlossenen Regeln unseres Bundesstaates.

Wenn dieser Anschlag auf den Föderalismus, der mangels einer Verfassungsgerichtbarkeit auf Bundesebene nicht überprüft werden kann, etwas Gutes hat, dann das: Nun wird wohl dem Letzten klar werden, was auf den Kanton und die betroffenen Städte und Gemeinden zukommt, wenn in Dübendorf noch ein zweiter Zivilflughafen mitten im Siedlungsgebiet der Agglomeration Zürich gezwängt werden soll.

Die SP und die Grünen werden sich einem unmässigen und wirtschaftlich hoch riskanten Mengenwachstum am Flughafen Kloten weiterhin

entgegensetzen. 60 Prozent des aviatischen Umsatzes stammen von einem einzigen Konzern übrigens. Nur eine branchenmässig und geografisch breit verteilte Wirtschaft ist nachhaltig und maximal krisenresistent. Die masslose Privilegierung des Luftverkehrs, die nicht vor einem Rechtsbruch durch den Bundesrat zurückschreckt, ist für uns hingegen keine gute Zukunftsperspektive.

Fraktionserklärung der EDU zum «Marsch fürs Läbe»

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der EDU zum «Marsch fürs Läbe».

Am letzten Samstag fand in Zürich zum sechsten Mal der «Marsch fürs Läbe» statt. Mit der von über 3000 Leuten besuchten Veranstaltung auf dem Marktplatz in Oerlikon wollten die 17 christlichen Organisationen auf die Tatsache aufmerksam machen, dass in der Schweiz jährlich mehr als 10'000 Kinder abgetrieben werden. Leider wurde diese Kundgebung wie jedes Jahr durch Chaoten aus dem linken Umfeld massiv gestört.

Die Veranstaltung hätte ohne massiven Polizeischutz nicht durchgeführt werden können. Es ist sehr bedauerlich, dass in Zürich friedliche Demonstrationen unter Polizeischutz durchgeführt werden müssen und danach die Organisatoren zu hören bekommen: Hört doch mit diesen Kundgebungen auf, sie verursachen nur hohe Kosten!

Der «Marsch fürs Läbe» wird entgegen den Absichten der Chaoten weiterleben, sowohl in der Schweiz als unter anderem auch in Bratislava, wo 10'000 Leute versammelt waren, und auch in Berlin, wo 5000 Leute zusammenkamen.

Die EDU und die anderen beteiligten Organisationen danken der städtischen Polizei für ihre tadellose Arbeit am letzten Samstag. Danke.

Geburtstagsgratulation

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass wir hier ein Geburtstagskind haben. Michael Zeugin feiert heute seinen Geburtstag, und wir wünschen ihm alles Gute. Das Wetter ist gut. (*Applaus.*)

5. Bericht «Koordinationsgruppe Jugendgewalt»

Antrag des Regierungsrates vom 1. Oktober 2015 zum Postulat KR-Nr. 146/2011 und gleichlautender Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 20. Januar 2015

Vorlage 5133

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort zum Eintreten hat der Referent der Kommission für Bildung und Kultur, Ralf Margreiter, anschliessend beträgt die Redezeit zwei Minuten.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Referent der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Die Kommission für Bildung und Kultur der letzten Legislatur beantragt Ihnen einstimmig, den Bericht des Regierungsrates über die Koordinationsgruppe Jugendgewalt im zustimmenden Sinn zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat unserer früheren Kollegin Carmen Walker Späh als erledigt abzuschreiben.

Nach dem recht starken Anstieg der Jugendgewalt entschied der Regierungsrat im Jahr 2008, eine «Koordinationsgruppe Jugendgewalt» einzusetzen, und schuf sie in der Bildungsdirektion eine spezielle Stelle – die Stelle eines Gewaltbeauftragten für Jugendfragen –, dessen Inhaber Vorsitzender dieses Koordinationsgremiums ist.

Hauptzweck der Koordinationsgruppe ist es, die verschiedenen Tätigkeiten und die Fachkompetenz, die in der Sicherheitsdirektion, der Direktion für Justiz und Inneres und der Bildungsdirektion verteilt sind, zu bündeln. Weiter hat sie den Auftrag, den Informationsfluss sicherzustellen und die Massnahmen zwischen den Direktionen zu koordinieren.

Die erste grosse Aufgabe der Koordinationsgruppe in den letzten Jahren war der Internetauftritt unter «www.stopp-gewalt.zh.ch» mit zielgerichteten Informationen und dem Download von Merkblättern für Eltern, Schulbehörden und Lehrerschaft. Ein weiteres Schwergewicht lag bei der Krisensituation in den Schulen. Die Koordinationsgruppe hatte unter dem Stichwort «Amok» mit sämtlichen Mittelschulen und Volksschulen Kontakt. In dieser Zeit entstand das Merkblatt «Krisenintervention» und zusammen mit der Baudirektion wurde ein Leitfaden für bauliche Massnahmen entwickelt.

Am 5. Mai 2015 haben die drei beteiligten Direktionen eine Studie der ETH publiziert, welche aufzeigt, dass die bisherigen Anstrengungen zur Gewaltprävention zu fruchten scheinen. Erfreulicherweise ist die Jugendgewalt im Kanton Zürich seit einiger Zeit rückläufig. Die Stu-

die zeigt aber auch, dass die bisherigen Massnahmen weitergeführt werden müssen, denn in einzelnen Bereichen ... (*Die Ratspräsidentin unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Jugendgewalt geht erfreulicherweise zurück. Leider geht der Lärmpegel nicht zurück. Ich bitte Sie, auch daran zu arbeiten.

Ralf Margreiter fährt fort: Es wäre ja vielleicht eine Anregung an die Geschäftsleitung: eine Koordinationsgruppe Lärmpegel (*Heiterkeit*). Gut, lassen wir das.

Am 5. Mai dieses Jahres, um hier nochmals anzusetzen, haben die drei beteiligten Direktionen eine Studie der ETH publiziert, welche aufzeigt, dass die bisherigen Anstrengungen zur Gewaltprävention zu fruchten scheinen. Erfreulicherweise ist die Jugendgewalt im Kanton Zürich seit einiger Zeit rückläufig. Die Studie zeigt aber auch, dass die bisherigen Massnahmen weitergeführt werden müssen, denn in einzelnen Bereichen ist eher mit einer Zunahme der Delikte zu rechnen. Mit dem Aufkommen von Social Media hat sich ein neues Problemfeld – Sexting, Cyber-Mobbing und so weiter – eröffnet. Ein zweites Phänomen ist die Gewalt im öffentlichen Raum, die sich durch das veränderte Ausgeh- und Alkoholkonsumverhalten der Jugendlichen verstärkt hat und wo mit einer weiteren Akzentuierung des Problems gerechnet wird. Die Koordinationsgruppe will in den nächsten Jahren ihr Schwergewicht auf diese Bereiche legen.

Der Regierungsrat hat deshalb die ursprünglich befristete Stelle des Gewaltbeauftragten für Jugendfragen in eine unbefristete Stelle umgewandelt.

Die KBIK hat den ausführlichen und umfassenden Bericht, wie ihn das Postulat verlangt hat, zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der KBIK haben sich Zusammensetzung und Aufgaben der Koordinationsgruppe bewährt, weshalb wir uns angesichts der zu erwartenden Herausforderungen in den nächsten Jahren ebenfalls für die Weiterführung aussprechen. In diesem Sinne beantragen wir Ihnen die Zustimmung zur Vorlage 5133. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Mit dem vorliegenden Bericht wird aufgezeigt, was die im Jahr 2008 geschaffene Koordinationsgruppe und die Fachstelle leisten. Sehr erfreulich ist, dass wir einen Rückgang der Gewalt erleben und dies hoffentlich auch so bleibt. Allerdings erhalten wir aufgrund des Berichtes den Eindruck, dass die Stelle vor

allem koordinierend wirkt. Wir wünschen uns aber hauptsächlich die Initialisierung und Umsetzung von konkreten Projekten. Aus der Stadt Zürich wären da zum Beispiel die SIP (*Sicherheitsdienst «Sicherheit–Intervention–Prävention»*), das Hotel «Suff» (*Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle, ZAB*), Hausbesuche oder «Day-after»-Projekte, aber auch öffentliche Plätze, Brennpunkte, welche mehr Präsenz fordern, oder auch das Projekt «Radar». Wir ersehen aus dem Bericht nicht, inwieweit Erfahrungen mit diesen Projekten im Kanton ausgetauscht und bei Erfolg auch entsprechend in anderen Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Die Stelle sowie die Koordinationsgruppe werden weitergeführt. Wir begrüßen es sehr, dass in vier Jahren wieder ein Evaluationsbericht erstellt wird.

Als Hinweis auf mögliche Herausforderungen im Bereich «Prävention und Intervention» für die nächsten vier Jahre möchten wir darauf hinweisen, dass ausser im Bereich «Migration und Integration» auch der Umgang mit den Freiräumen thematisiert werden muss. Mit auf den Weg möchten wir auch nochmals die Prüfung der Zusammensetzung der Koordinationsgruppe. Nicht erschlossen hat sich uns zum Beispiel die Funktion der Chefin Kommunikation in dieser Gruppe.

Wir danken dem Regierungsrat für den Bericht und sind mit der Abschreibung des Postulates einverstanden.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die Grüne Fraktion ist mit der Abschreibung des Postulates einverstanden. Die Grünen waren in den vergangenen Jahren weit davon entfernt, den medialen Hype um die Jugendgewalt mitzutragen. Wir haben uns insbesondere daran gestört, dass damit einer ganzen Generation von Jugendlichen indirekt eine überdurchschnittlich hohe Gewaltbereitschaft unterstellt wird. Wir haben uns immer für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den vielfältigen Gründen für Gewalttaten stark gemacht, ansonsten die Gewaltbekämpfung zur reinen Symptombekämpfung verkommt. Der vorliegende Bericht sagt bis auf eine Klammerbemerkung nichts über diese Ursachen aus. Er hält fest, dass die Gewaltdelinquenz von Jugendlichen abnehmend ist. Wir können also annehmen, dass die Anstrengungen im Bereich der Prävention und Intervention ebenso wie die Koordination der Arbeiten zu diesem Erfolg beitragen. Hellhörig machen die Angaben zu den Gewalterfahrungen von Jugendlichen an Schulen. Hier dominieren psychische Formen von Gewalt und sexuelle Gewalttaten. Dass der Regierungsrat die Unterstützung der Schulen bei Problemen der Gewalt als Massnahme in seinem Legislaturprogramm 2015 bis 2019 aufführt, begrüßen wir.

Zurück zu den Ursachen: Kinder und Jugendliche aus sozial und ökonomisch benachteiligten Familien neigen eher zu Gewalttaten als solche aus privilegierten Familien. Die beste Gewaltprävention besteht also nach wie vor darin, frühzeitig für eine umfassende gesellschaftliche Integration aller Kinder und Jugendlichen zu sorgen. Alles andere kommt uns wesentlich teurer zu stehen.

Margreth Rinderknecht (SVP, Wallisellen): Im März 2008 beschloss der Regierungsrat die Einrichtung einer direktionsübergreifenden Koordinationsstelle Jugendgewalt. Angesiedelt wurde sie in der Bildungsdirektion. Aufgabe ist die Verstärkung von Massnahmen im Bereich der Gewaltprävention und Intervention an Schulen. Die Koordinationsgruppe soll den Informationsaustausch zwischen den involvierten Direktionen sicherstellen. Mit einem Postulat wurde zu Beginn der vergangenen Legislatur ein Bericht verlangt. Der Rat überwies den Vorstoss zweieinhalb Jahre später an den Regierungsrat.

Seit einem guten Jahr liegt der Bericht vor. Er zeigt die Organisation der Koordinationsgruppe auf und listet konkrete Projekte auf. Kernstück sind der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Schulen, mit Vereinen und mit der Polizei. Gemäss polizeilicher Kriminalstatistik ist die Gewaltdelinquenz Jugendlicher seit 2009 rückläufig. Im Bericht ist zu lesen, dass der Rückgang zumindest teilweise auf die verstärkten und besser koordinierten Präventions-, Interventions- und Repressionsmassnahmen im Bereich der Jugendgewalt zurückzuführen sei, also auf die Arbeit der Koordinationsgruppe Jugendgewalt. Das ist erfreulich und verdient Wertschätzung.

Die Probleme im urbanen Raum seien grösser als auf dem Land, ist zu lesen. Die starke Zuwanderung führt zu immer mehr verdichtetem Wohnen in den Agglomerationsgemeinden. Mehr Menschen auf engem Raum, Menschen auch aus Regionen und Ländern mit anderen Gesellschaftswerten und anderen Kulturen – ich denke da zum Beispiel an den Wert, den die Stellung von Frauen hat –, dann neue Kommunikationsmittel, materieller Wohlstand, fehlende Rücksichtnahme, wenig Wertschätzung für das Eigentum anderer und ein wachsendes Aggressionspotenzial werden leider auch künftig zu Gewalt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unterschiedlicher Form führen. ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Monika Wicki (SP, Wald): Mit einem Postulat wurde die Regierung beauftragt, einen Bericht über die Tätigkeit der Koordinationsgruppe Jugendgewalt zu verfassen. Dieser liegt hier nun vor. Der Bericht

zeigt deutlich auf, in welchen Bereichen die Koordinationsgruppe Jugendgewalt erfolgreich gearbeitet hat. Ich erwähne hier nur zwei Aspekte, die wichtig sind: Die direktionsübergreifende Koordinationsgruppe stellt den Informationsaustausch zwischen den Direktionen sicher und stimmt die Präventions- und Interventionsmassnahmen aufeinander ab. Externe Stellen werden bei Bedarf einbezogen. Diese Arbeit ist sehr grundsätzlicher und sehr wichtiger Natur. Mit der Webseite «www.stopp-gewalt.zh.ch», dem Aktionsplan Jugendgewalt und der Unterstützung weiterer konkreter Projekte leistet die Koordinationsgruppe zudem bedeutende praktische Arbeit. Besonders hervorgehoben werden auch die Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Krisenbewältigung an Schulen.

Der Bericht zeigt zudem auf, wohin die Reise geht, gehen muss. Die Analyse der Entwicklungstrends vom Juli 2014 weist darauf hin, dass Gewalt im öffentlichen Raum und missbräuchliche Nutzung digitaler Medien, sexuelle oder psychische Gewalt als bedeutende Themen erkannt sind und angegangen werden. Dass dabei der frühen Prävention und Intervention mehr Gewicht gegeben werden soll, ist sicher nicht falsch. Der Bericht stellt umfassend dar, wie die Kommission entstanden war, was sie tut und wie die Arbeit in Zukunft sein wird. Die Koordinationsgruppe hat gute Arbeit geleistet, ist sowohl koordinierend als auch praktisch tätig und ist weiterhin sinnvoll. Der Bericht stellt die Arbeit ausführlich dar, das Postulat kann abgeschrieben werden.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Vieles wurde gesagt zum Bericht des Regierungsrates zu diesem Postulat, auch die CVP schreibt mit Überzeugung dieses Postulat ab. Ein, zwei Punkte, auf die ich kurz eingehen möchte. Ich denke, sehr wichtig zu erwähnen ist das Projekt «Stopp Gewalt», das in enger Zusammenarbeit auch mit dem Jugenddienst der Kantonspolizei entstanden ist. Es ist sehr wertvoll und die Erfahrungen damit zeigen auch, dass für die Schulen diese Angebote im Zusammenhang mit dem Projekt «Stopp Gewalt» sehr gut genutzt werden können, um teilweise eben auch Schlimmeres in enger Zusammenarbeit verhindern zu können. Das Zweite – was ich auch erwähnenswert finde – ist, dass die Koordinationsgruppe zwar lediglich viermal pro Jahr tagt und zusammensitzt. Trotzdem konnte auf verschiedenen Schienen sehr viel ausgelöst werden, das Wirkung zeigt. Und das empfinde ich als eine hervorragende Leistung. Vielen Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Dieses Postulat kann man wirklich getrost abschreiben. Sie haben dem Bericht des Regierungsrates ent-

nehmen können, dass die Jugendkriminalität im Allgemeinen und die Gewaltkriminalität von Jugendlichen im Speziellen seit 2009 rückläufig ist. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Jugendarbeit hat sich etabliert. Sie ist eingespielt und bewährt. Das Schulfeld arbeitet eng mit den Spezialisten der Kantons- und Stadtpolizeien zusammen. Diese Zusammenarbeit ist auch ein Zeichen dafür, dass unsere Gesellschaft eben Gewalt nicht duldet.

In der Bildungsdirektion ist der Beauftragte «Gewalt im schulischen Umfeld» angesiedelt, wie Sie soeben gehört haben. An dieser Stelle wird nicht nur die Lage genau beobachtet, es werden auch unterstützende Mittel für die Lehrpersonen und die Schulen erarbeitet. Jüngstes Beispiel dieser Vernetzungs- und Unterstützungsarbeit ist die Notfall-App (*Applikation für Smartphones*) der Bildungsdirektion. Wenn Sie heute mal nichts zu tun haben, laden Sie doch diese auf Ihr Handy herunter. Sie können es sicher ebenfalls sehr gut einsetzen. Sie können dort die wichtigsten Informationen und Telefonnummern abrufen, um eben in Notfallsituationen handeln zu können.

Die Anliegen der Postulanten sind also durch die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Schulen und ihren Partnerorganisationen erfüllt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat 146/2011 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Anreize für vertiefende und berufsfelderweiternde Qualifikationen an der Volksschule

Postulat von Markus Späth (SP, Feuerthalen), Andreas Erdin (GLP, Wetzikon) und Corinne Thomet (CVP, Kloten) vom 26. August 2013 KR-Nr. 256/2013, RRB-Nr. 1302/20. November 2013 (Stellungnahme)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird gebeten, Vorschläge auszuarbeiten, um möglichst viele Lehrpersonen der Volksschule zu motivieren, die Lehrbe-

reichtigung in zusätzlichen Fächern zu erhalten und/oder relevante Zusatzqualifikationen für die Umsetzung der integrativen Förderung oder als Berufskoach zu erwerben. Die dafür nötige Weiterbildung bzw. Zusatzqualifikation sollte zu attraktiven Bedingungen, berufsbegleitend und im Rahmen des Berufsauftrags mit vertretbarem Aufwand absolviert werden können. Dabei sollte insbesondere geprüft werden, wie solche vertiefenden bzw. berufsfelderweiternden Weiterbildungsanstrengungen mit immateriellen und materiellen Anreizen gefördert werden könnten.

Begründung: Schon mit der Interpellation KR-Nr. 236/2006 wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche die modulare Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen in der Schulpraxis, vor allem an kleineren Schulen, mit sich bringt. Primarlehrpersonen erwerben im Rahmen der Diplombildung die Lehrberechtigung in sieben bzw. acht (mit Zusatzfach «Religion und Kultur»), Sekundarlehrerinnen und Sekundarlehrer in fünf Fächern. Der Regierungsrat hat in seiner Interpellationsantwort die Problematik anerkannt, gleichzeitig aber der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich die Schwierigkeiten mit zunehmender Erfahrung einpendeln würden. Vielfältige Rückmeldungen zeigen nun aber, dass dem nicht so ist.

Eine Überprüfung der bisherigen Praxis drängt sich deshalb auf. Dabei soll an der Diplombildung nichts geändert werden. Sie ist gesamtschweizerisch konzipiert und Grundlage für die gegenseitige Anerkennung der Lehrdiplome. Wenn aber der Berufsauftrag durch vermehrte integrierte Förderung erweitert wird, müssen auch die amtierenden Lehrpersonen entsprechend dafür qualifiziert werden. Die skizzierte Lösung setzt deshalb bei der Weiterbildung an. Sie möchte jene Lehrpersonen unterstützen und belohnen, die bereit sind, grössere Weiterbildungsanstrengungen zu unternehmen. Indem sie Zusatzqualifikationen – etwa im Bereich der Integration oder das Zertifikat für DaZ (Deutsch als Zweitsprache) – oder die Lehrberechtigung in weiteren Fächern erwerben, erweitern sie ihr Einsatzspektrum im Interesse der Schule.

Wir halten ausdrücklich am Grundsatz fest, dass Lehrpersonen nur Fächer unterrichten, für die sie tatsächlich auch ausgebildet sind. Der Erwerb von Zusatzqualifikationen sollte sich aber an der Berufserfahrung und vorhandenen Qualifikationen der Weiterbildungswilligen orientieren und berufsbegleitend und ohne massive Lohneinbusse möglich sein.

Breiter ausgebildete und besser qualifizierte Lehrpersonen entsprechen auch den Zielen, die mit dem Projekt Belastung/Entlastung und

mit dem Schulversuch «Fokus: Starke Lernbeziehungen» angestrebt werden. Sie können dazu beitragen, den Koordinationsaufwand an den Schulen zu verringern und die Schulorganisation zu vereinfachen.

Die ins Auge zu fassenden Anreize sind keine Giesskannenmassnahme, sie sollen gezielt jenen zu Gute kommen, die bereit sind, grössere Anstrengungen für ihre Höherqualifikation zu erbringen. Zu prüfen ist insbesondere auch, ob dem Anliegen durch die Aussicht auf einen Masterabschluss, durch Lohnanreize oder im Rahmen der Einführung des neuen Berufsauftrags Rechnung getragen werden könnte.

Der Regierungsrat nimmt auf Antrag der Bildungsdirektion wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat hat bereits in der Beantwortung der Interpellation (KR-Nr. 75/2010) betreffend Lehrermangel auf der Oberstufe darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit zum Erwerb kantonaler Lehrbefähigungen von zusätzlichen Fächern geprüft werde. Inzwischen bietet die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) seit 2011 (Sekundarstufe) und 2013 (Primarstufe) entsprechende berufsbegleitende Ergänzungsstudien für amtierende Lehrpersonen an. Der Lernaufwand für ein zusätzliches Fach auf der Primarstufe beträgt zwischen 150 und 275 Stunden (6–11 ECTS-Punkte), auf der Sekundarstufe sind es zwischen 400 und 600 Stunden (15–20 ECTS-Punkte). Der Umfang dieser Aus- und Weiterbildung ist zum Teil deutlich geringer als in anderen Kantonen, die für ein Ergänzungsstudium auf der Primarstufe 6–15 ECTS-Punkte und auf der Sekundarstufe 30–50 ECTS-Punkte verlangen.

Ebenfalls verkürzt wurde die Ausbildungsdauer für das Diplom in schulischer Heilpädagogik. Für die Erlangung des Master-Titels sind nicht mehr 110 sondern nur noch 90 ECTS-Punkte erforderlich. Neu erhalten die Lehrpersonen bereits eine Zulassung als heilpädagogische Fachperson, wenn sie im Rahmen des Studiengangs Schulische Heilpädagogik (SHP) 60 ECTS-Punkte erreicht haben.

Bei der Zusatzausbildung für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache an der PHZH (CAS DaZ) bestehen bereits attraktive Rahmenbedingungen. Die berufsbegleitende Ausbildung dauert eineinhalb Jahre und erfordert einen Arbeitsaufwand von rund 300 Lernstunden (10 ECTS-Punkte). 50% der Ausbildungskosten übernimmt der Kanton, die anderen 50% tragen in der Regel die Gemeinden. Den Teilnehmenden wird zudem ein Vikariat von zehn Tagen gewährt.

Die Personalentwicklung gehört insbesondere in den Aufgabenbereich der Schulleitungen. Dazu gehört auch das Motivieren der Lehrperso-

nen, sich die Unterrichtsbefähigung in weiteren Fächern oder die Zusatzqualifikation im Bereich der schulischen Heilpädagogik zu erwerben. Die Gemeinden unterstützen die Lehrpersonen bei der Absolvierung des SHP-Studiengangs in der Regel mit grosszügigen Urlaubsregelungen.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 26. September 2013 mit der Vorlage 5026 die Änderung der Lehrpersonalverordnung vom 19. Juli 2000 (LPVO, LS 412.311) zur Genehmigung unterbreitet. Diese räumt den Schulpflegern in §19 die Möglichkeit ein, Lehrpersonen, Schulleiterinnen und Schulleitern Einmalzulagen in Form eines Geldbetrags auszurichten. Mit dieser Regelung können die Schulpflegern unter anderem auch den besonderen Leistungen der Lehrpersonen im Bereich der Aus- und Weiterbildung Rechnung tragen.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 256/2013 nicht zu überweisen.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Das Postulat trägt einen komplizierten Titel, will aber im Kern etwas ganz Einfaches. Etwas aber, das für die Volksschule von ausserordentlicher Wichtigkeit ist. Lehrerinnen und Lehrer sollen in Zukunft möglichst viele, an der Primarschule im Idealfall alle Fächer unterrichten können.

Es ist nicht die gute alte Zeit, die wir hier heraufbeschwören, die gar nicht so gut war, als das Prinzip «eine Klasse – ein Lehrer» selbstverständlich war. Das Postulat anerkennt, dass die Volksschule sich massiv verändert hat, dass neue Fächer und vor allem die Fremdsprachen hinzugekommen sind. Im Rahmen der regulären Ausbildung – das ist zugestanden – ist es auch für die Primarschulstufe nicht mehr möglich, an der Pädagogischen Hochschule in allen Fächern eine vertiefte Ausbildung zu gewährleisten. Für die Sekundarstufe war das im Übrigen schon immer so. Wir halten in diesem Postulat auch am Grundsatz der Professionalität fest. Keine Lehrperson soll ein Fach unterrichten, für das sie nicht im Rahmen ihrer Ausbildung speziell qualifiziert worden ist.

Das Postulat setzt deshalb nicht bei der Ausbildung an, sondern bei der Weiterbildung. Möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer der Volksschule sollen sich berufsbegleitend die Unterrichtsbefähigung in Zusatzfächern erwerben können, und dies ohne massive Einkommenseinbusse und ohne unerträgliche zeitliche Mehrbelastung. Das Ziel muss es sein, möglichst viele polyvalent einsetzbare Lehrerinnen und Lehrer für unsere Volksschule zu erhalten. Alle würden dabei gewinnen. Die Lehrpersonen würden einen interessanteren Job kriegen, die

Schülerinnen und Schüler werden von weniger Lehrerinnen und Lehrern pro Klasse – ein altes Ziel in diesem Rat – unterrichtet. Die heute gerade an kleinen Schulen oft schwierige Aufgabe, im Kollegium genügend Lehrpersonen mit dem richtigen Fächerprofil zu haben, würde entschärft. Das ist gut für Schulleitungen und Schulpflegen. Sie verringern den heute sehr hohen Koordinationsbedarf an den Schulen und vereinfachen die Schulorganisation.

Die Regierung beantragt, das Postulat nicht zu überweisen. Ihre Argumentation vermag uns nicht zu überzeugen. Die Regierung anerkennt zwar grundsätzlich den Sinn von Zusatzausbildungen und verweist auf die bestehenden Möglichkeiten, diese an der Pädagogischen Hochschule Zürich zu erwerben. Wir begrüßen dies selbstverständlich und sind damit einverstanden, dass der Lehraufwand bei diesen Zusatzausbildungen klar begrenzt ist.

Das aktuelle Angebot genügt aber noch nicht. Wir verlangen, dass die in der Stellungnahme der Regierung erwähnten attraktiven Rahmenbedingungen für die Zusatzqualifikation DaZ, Deutsch als Zweitsprache, auf alle Fächer ausgeweitet werden, dass der Kanton und die Gemeinden die Ausbildungskosten gemeinsam übernehmen und zusätzlich ein Vikariat von zehn Tagen finanzieren. Das könnte zum Modell werden – auch für die anderen Zusatzausbildungen. Das Postulat regt auch die Prüfung weiterer Möglichkeiten zur Attraktivierung dieser Zusatzausbildungen an, etwa die Aussicht auf einen Masterabschluss bei zwei oder drei solcher Zusatzausbildungen oder Lohnanreize für breiter qualifizierte Lehrpersonen.

Die angesprochenen Weiterbildungen sind ganz klar im Interesse des Kantons als Arbeitgeber. Wie in der Privatwirtschaft üblich, sollte der Kanton als guter Arbeitgeber die arbeitsplatzorientierte Weiterbildung gezielt fördern und belohnen. Dass die Regierung auf solche Ideen in ihrer ablehnenden Stellungnahme nicht eingeht, zeigt die unverminderte Notwendigkeit des Postulates. Wir halten daran fest und bitten Sie um Unterstützung.

Margreth Rinderknecht (SVP, Wallisellen): Um es vorwegzunehmen, die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung des vorliegenden Postulates ab. Im Postulat ist die Rede von attraktiven Bedingungen und von vertretbarem Aufwand für zusätzliche Qualifikationen, am Schluss auch von immateriellen und materiellen Anreizen. Das sind alles nicht messbare Vorgaben. Es wird nicht klar, was der Vorstoss eigentlich will.

In seiner Antwort konkretisiert der Regierungsrat, was vielleicht gemeint ist. Er zeigt die Möglichkeiten auf, wie berufsbegleitend die Lehrbefähigung von zusätzlichen Fächern erreicht werden kann, mit einem kleineren Aufwand, als es in anderen Kantonen möglich ist. Bei der Zusatzausbildung für DaZ, Deutsch als Zweitsprache, übernimmt der Kanton 50 Prozent der Ausbildungskosten, den Rest bezahlt in der Regel die Gemeinde. Ausserdem wird ein Vikariat gewährt. Generell ist es immer noch so, dass wir klar dagegen sind, diese Zusatzausbildung für integrative Förderung noch weiter zu pushen und zu fördern. Gerade im sprachlichen Bereich ist es zielführender, Kinder separat und intensiv in Deutsch zu unterrichten, bis sie dem normalen Unterricht folgen können.

Gemäss Lehrpersonalverordnung haben Schulleitungen und Schulpflegen die Möglichkeit, Lehrpersonen eine Einmalzulage zukommen zu lassen, zum Beispiel für ein besonderes Engagement im Bereich einer Weiterbildung oder einer Zusatzausbildung. Mit dem neuen Berufsauftrag definieren die Lehrpersonen ihre Arbeitszeit detailliert, beispielsweise auch für Weiterbildung. Steht eine grössere Weiterbildung an, können sie in Absprache mit der Schulleitung ihr Unterrichtpensum in dieser Zeit reduzieren. Die Forderungen des Postulates sind bereits erreicht, der Vorstoss rennt offene Türen ein und wäre für Kommission und Verwaltung lediglich Sitzungsgeldoptimierung. Stimmen Sie für einen effizienten Betrieb und sagen Sie wie der Regierungsrat auch Nein zur Überweisung. Danke.

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): In den vergangenen Jahren hat die Volksschule erfahren müssen, dass sie wieder mehr Allrounder – im Gegensatz zu Fachlehrpersonen – braucht, die flexibel und vor allem als Klassenlehrpersonen eingesetzt werden können. Sie ist daran, die nötige Kurskorrektur vorzunehmen, und auch die Pädagogische Hochschule Zürich bemüht sich um eine wieder breitere Ausbildung. So bietet die PHZH seit ein oder zwei Jahren auch berufsbegleitende Ergänzungsstudien für amtierende Lehrpersonen an, wobei der Umfang dieser Aus- und Weiterbildung zum Teil geringer ist als in anderen Kantonen.

Der Regierungsrat weist in seiner ablehnenden Stellungnahme darauf hin, dass auch die Ausbildungsdauer für das Diplom in schulischer Heilpädagogik verkürzt wurde und dass bei der Zusatzausbildung für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache attraktive Rahmenbedingungen bestehen. Ferner, dass die Gemeinden die Lehrpersonen in der Regel mit grosszügigen Urlaubsregelungen unterstützen und dass sie

den besonderen Leistungen der Lehrpersonen im Bereich der Aus- und Weiterbildung auch finanziell Rechnung tragen können, indem sie ihnen Einmalzulagen ausrichten. Dieser Argumentation des Regierungsrates möchte ich entgegenhalten, dass breiter ausgebildete und besser qualifizierte Lehrpersonen auch den Zielen entsprechen, die mit dem Projekt «Belastung/Entlastung» und mit dem Schulversuch «Fokus starke Lernbeziehungen» angestrebt werden. Breiter ausgebildete und besser qualifizierte Lehrpersonen können dazu beitragen, den Koordinationsaufwand an den Schulen zu verringern und die Schulorganisation zu vereinfachen. Deshalb sagte ich einleitend nicht «Wir haben die nötige Kurskorrektur vorgenommen», sondern «Wir sind daran, die nötige Kurskorrektur vorzunehmen». Und deshalb braucht es dieses Postulat noch. Wir tragen keine Eulen nach Athen, wenn wir dieses Postulat unterstützen. Die Grünliberalen werden es tun und hoffen auf breite Unterstützung.

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Mit der Zielsetzung des Postulates sind wir grundsätzlich einverstanden, nämlich eine möglichst grosse Fächervielfalt. Das erleichtert nicht nur die Organisation innerhalb der Schulen, sondern stärkt auch den Fokus der Lehrpersonen. Allerdings sind wir nicht der Meinung, dass der Kanton diesbezüglich seine Massnahmen verstärken muss. Seitens PH (*Pädagogische Hochschule*) wurden auf Wunsch der Schulen bereits diverse Anpassungen und Erleichterungen vorgenommen, damit Lehrpersonen sich in weiteren Fächern qualifizieren können. Ausserdem gehe ich davon aus, dass die meisten Schulen ihren Lehrpersonen diese Zusatzqualifikationen, wenn nicht vollständig, so doch teilweise mitfinanzieren, insbesondere dann, wenn die Schulen auf diese Zusatzqualifikationen angewiesen sind.

Der Regierungsrat zählt in seiner Antwort ja auch bereits auf, dass die berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildungen schon erheblich angepasst wurden. Wir erwarten seitens PH auch in Zukunft diesbezüglich eine grosse oder noch grössere Flexibilität. Wir befürchten, dass mit den im Postulat geforderten attraktiven Bedingungen weitere finanzielle Anreize geschaffen werden sollen. Das lehnen wir ab. Es gehört nicht nur zum Berufsauftrag von Lehrpersonen, sondern von allen Mitarbeitenden, sich regelmässig aus- und weiterzubilden. Das gehört auch für Lehrpersonen zur Erhaltung ihrer Arbeitsmarktfähigkeit.

Es ist nicht einsichtig, warum der Kanton darüber hinaus noch weitere Anreize schaffen soll. Die FDP wird das vorliegende Postulat nicht unterstützen.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Ich bin von der Stellungnahme des Regierungsrates etwas enttäuscht. Einerseits ist die Antragsbegründung für die Nichtüberweisung sehr mager und geht dabei auch nicht auf die aus meiner Sicht wesentlichen Punkte ein. Wir wollen im Bereich der Weiterbildung und für Nachqualifikationen Vorschläge, welche Lehrpersonen motivieren, diese zu absolvieren. Aufgrund der heutigen Fächerprofilausbildung ist die Stundenplanerstellung zum Beispiel schwierig und die Schulen haben öfters nicht die Möglichkeit, 100-Prozent-Pensen anbieten zu können.

Der Kanton und auch die Bevölkerung haben sich inzwischen ja dafür ausgesprochen, dass Mindestpensen an der Volksschule in der Regel 35 Prozent gross sein müssen. Zusatzqualifikationen bei den Lehrpersonen sind eine Grundbedingung, um den erwähnten Herausforderungen im Schulfeld entgegenwirken zu können.

Wie der Regierungsrat nun vorschlägt, können die Schulbehörden in Form von Einmalzulagen den besonderen Leistungen der Lehrpersonen Rechnung tragen. Ich habe mit unserer Forderung nie die Bereitschaft der Lehrpersonen zur Weiterbildungen gemeint, welche innerhalb ihres Berufsauftrags liegen, darum müssen diese auch nicht speziell honoriert werden. Wir haben eine Anregung in Bezug auf Zusatzqualifikationen wie zum Beispiel die Erlangung der Qualifikation zum Berufswahl-Coach auf Sekundarstufe, was ja Sinn machen würde.

In der Antwort des Regierungsrates wird nichts Neues aufgeführt. Die Verkürzung des Studiengangs Schulische Heilpädagogik, die Zusatzausbildung für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache, welche viel attraktiver gestaltet wurde, sind keine Antworten auf unsere Anregung. Die CVP hält an der Überweisung fest und bittet um entsprechende Unterstützung.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Auch die Grünen lehnen die Überweisung dieses Postulates ab. Es ist unbestritten, dass die Volksschule auf gut qualifizierte Lehrpersonen angewiesen ist. Wir anerkennen auch, dass mitunter kleinere Schulen tatsächlich Mühe haben, für gewisse Fächer genügend ausgebildete Lehrpersonen zu finden. Deshalb gleich eine eigentliche Weiterbildungsoffensive loszutreten und möglichst viele Lehrpersonen dazu animieren zu wollen, eine Zusatzqualifikation in einem weiteren Fach zu erlangen, erachten wir aber doch als etwas übertrieben. Wir sind der Meinung, dass die entsprechende Bedarfsdeckung direkt vor Ort erfolgen muss. Schulgemeinden und Schulleitungen haben es bereits heute in der Hand, die

dafür notwendige Personalentwicklungsstrategie zu erarbeiten und geeigneten und interessierten Lehrpersonen die entsprechende Weiterbildung zu ermöglichen. Das Angebot dazu ist vorhanden. Der Aufwand, diese Zusatzqualifikation zu erwerben, ist vertretbar. Die Schaffung zusätzlicher immaterieller oder materieller Anreize zur Förderung der Weiterbildungsbereitschaft von Lehrpersonen erachten wir deshalb als unnötig. Von Lehrpersonen kann – wie von allen anderen Berufsgruppen auch – erwartet werden, dass sie sich weiterbilden. Wir erinnern auch an den Berufsauftrag für Volksschullehrpersonen.

In diesem Sinne unterstützen wir Grünen den Antrag der Regierung, das Postulat nicht zu überweisen.

Markus Späth (SP, Feuerthalen) spricht zum zweiten Mal: Ich erlaube mir zwei kurze Repliken und eine Schlussfolgerung. Margreth Rinderknecht, Sie haben mir nicht zugehört, Sie haben Ihr vorbereitetes Votum heruntergelesen. Ich habe sehr präzise formuliert, mit welchen Vorstellungen wir diese Zusatzausbildungen, diese Zusatzqualifikation attraktiv machen wollen. Ich erinnere noch einmal an die Möglichkeit, einen Master zu erwerben, das ist sogar kostenneutral möglich, oder das Modell, das Margreth Rinderknecht selber als vorbildlich formuliert hat, auszudehnen, nämlich für die Ausbildung im DaZ-Bereich.

Sabine Wettstein, es geht hier nicht um normale Weiterbildung, die selbstverständlich und richtigerweise im Berufsauftrag geregelt ist, es geht um Zusatzqualifikationen, um aufwendige Zusatzqualifikationen. Diese übersteigen ganz eindeutig das, was man von einer durchschnittlichen normalen Lehrperson im Rahmen ihres Weiterbildungsauftrags erwarten kann.

Wenn dieses Postulat nicht überwiesen wird, dann dürfen wir uns in diesem Rat in Zukunft nicht mehr über zu viele Lehrpersonen pro Klasse beklagen. Wir dürfen uns nicht über zu kleine Pensen beklagen und vor allem nicht über die schwierige Organisation bei der Verteilung der Klassenlehrpersonen oder Lehrpersonen auf die Klassen. Wir halten an der Überweisung des Postulates fest.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Postulanten verfolgen durchaus sinnvolle Ziele, die angedachte Lösung widerspricht aber dem heutigen System. Das Schaffen von immateriellen und materiellen Anreizen, wie es im Postulatstext steht, worin diese auch immer liegen mögen, beziehungsweise die Personalentwicklung ist eine klassische Führungsaufgabe. Und die Führung in den Schulen liegt in der Ver-

antwortung der Schulleitungen. Die gesetzlichen Grundlagen für den neuen Berufsauftrag und die entsprechende Änderung des Lehrpersonalgesetzes sowie die Verordnung dazu haben Sie unlängst verabschiedet. Der Regierungsrat hat zudem mit Beschluss vom 9. Juli 2014 die Mittel für die Schulleitungen im Hinblick auf die Umsetzung des Berufsauftrages erhöht. Mit Inkrafttreten dieser Bestimmungen werden die Schulleitungen gestärkt werden und haben es noch mehr in der Hand, ihre Lehrpersonen zu motivieren und sie dazu anzuhalten, Weiterbildung und Weiterentwicklung zu tätigen.

Ich ersuche Sie deshalb, das Postulat nicht zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat 256/2013 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Förderung der Berufsmaturität

Postulat von Markus Späth (SP, Feuerthalen), Werner Scherrer (FDP, Bülach) und Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) vom 23. September 2013

KR-Nr. 287/2013, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Margreth Rinderknecht hat an der Sitzung vom 27. Januar 2015 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat zu entscheiden.

Margreth Rinderknecht (SVP, Wallisellen): Die Postulanten wollen mit vorliegendem Vorstoss die Berufsmaturitätsquote mit verschiedenen Massnahmen erhöhen, was ja dann zur Folge hat, dass das Bildungsniveau ein bisschen gesenkt werden muss. Denn einfach so werden potenzielle Maturandinnen und Maturanden nicht gescheit. Ich bin überzeugt, dass jene Jugendlichen, welche geeignet sind, jene, die gescheit genug und motiviert sind, die Berufsmaturität (BM) schaffen, und zwar auf dem Weg, welcher für sie optimal ist. Die BM I, die lehrbegleitende, ist so organisiert, dass der Schulstoff der Maturitäts-

chule parallel zu jenem der Berufsschule während der drei- oder vierjährigen Lehre vermittelt wird. Das bedeutet mindestens zwei Tage Schule in der Woche. Das ist anspruchsvoll und nicht für alle der Königsweg. Die BM I fordert von den Jugendlichen neben dem Einstieg ins komplexe Berufsleben auch noch anspruchsvollen und leistungsfordernden Unterricht. Leider bringen viele Jugendliche nicht das nötige Rüstzeug aus der Volksschule mit und brechen damit die lehrbegleitende BMS (*Berufsmaturitätsschule*) ab. Auch für den Lehrbetrieb ist ein Lernender, der die Berufsmatura lehrbegleitend machen möchte, eine Herausforderung. Kleine Betriebe, welche nur einen Lernenden ausbilden, ziehen oft einen EFZ-ler (*Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis*) mit einem regulären Berufsschulunterricht vor, weil sie den Jugendlichen im Betrieb brauchen, vielleicht auch, weil der Jugendliche die vier Wochentage Praxis braucht, um sein Handwerk von Grund auf zu lernen. Und mit «Handwerk» meine ich auch kaufmännisches oder pflegerisches Fachwissen oder die Arbeit in der Betreuung oder im Verkauf. Bereits heute gibt es die Möglichkeit, die Berufsmatura lehrbegleitend, berufsbegleitend oder als einjährigen Vollzeitkurs zu machen. Diese verschiedenen Wege sind Auswahl genug.

Die Postulanten kritisieren, dass die Jugendlichen den Anschluss im Fremdsprachenunterricht verpassen, wenn sie die Berufsmatura erst nach der Lehre machen. Gleichzeitig streichen sie aber die Tatsache heraus, dass die Quote bei der BM II überdurchschnittlich angestiegen ist. Ja, und wo ist da das Problem?

Die Postulanten wollen Gelder aus dem Berufsbildungsfonds für Projekte und Kampagnen verwenden. Heute werden diese Gelder zur Mitfinanzierung der überbetrieblichen Kurse und für Weiterbildungen der Lehrmeister, also der Berufsbildner, gebraucht. Das ist eine gute und angemessene Umverteilung. Ich befürchte, dass mit den im Postulat geforderten Pilotprojekten für eine modularisierte BM die Beiträge aus den Betrieben irgendwann erhöht werden. Dagegen wehre ich mich entschieden. Nur weil einige Jugendliche die Ansprüche der Berufsmaturität nicht erfüllen, müssen wir nicht am System herumexperimentieren. Die Lernenden sollen sich dem Berufsbildungssystem anpassen und nicht umgekehrt. Die Berufsmatura wird nicht besser, wenn die Organisation komplizierter und der Aufwand für die Berufsbildner grösser wird. Das heutige System ist gut und genügt jenen, die bereit sind, ihren Einsatz zu leisten für einen der Bildungswege, welche zur Berufsmaturität führen.

Wir lehnen das Postulat ab. Vielen Dank.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Ja, die Berufsmaturität ist ein Erfolgsmodell. Anders als bei der gymnasialen Maturquote gehört der Kanton Zürich hier mit 15,9 Prozent zur schweizerischen Spitzengruppe, die Zahlen beziehen sich auf 2014. Allerdings liegt Zürich deutlich hinter den Nachbarn Schaffhausen mit 19 Prozent und Zug mit 17 Prozent zurück. Es ist allerdings ein Erfolgsmodell mit Schlagseite. Die Berufsmaturität kann lehrbegleitend oder im Anschluss und nach Abschluss einer Lehre absolviert werden. BM I und BM II sind die entsprechenden Bezeichnungen. Noch im Jahre 2000 haben nur gerade 19 Prozent aller Berufsmaturandinnen und -maturanden den BM II-Modus gewählt. In den letzten 15 Jahren gab es eindeutig eine Verschiebung zugunsten des längeren und für die Betroffenen aufwendigeren Modells. Heute liegt der Anteil bei rund 50 zu 50 Prozent. Vor allem kleinere Lehrbetriebe stehen der lehrbegleitenden erweiterten Allgemeinbildung skeptisch gegenüber. Sie wollen oder können ihren Lehrlingen keinen weiteren Schultag zugestehen. Viele Lehrlinge haben deshalb gar keine Wahl. Hohe Abbruchquoten bei der BM I-Ausbildung verschärfen das Problem zudem. Beides ist bildungspolitisch unerwünscht.

Wir müssen uns bewusst sein, die Berufsmaturität ist der Königsweg zu den Fachhochschulen. Diese stellen in unserem Bildungssystem einen ganz starken Trumpf dar. Wir müssen alles daran setzen, dass sie attraktiv bleiben, auch für die Absolventen des dualen Bildungsweges. Nur so können wir den Anspruch auf Gleichwertigkeit von gymnasialer und Berufsmaturität auch aufrechterhalten und gegenüber Eltern und Jugendlichen glaubhaft vertreten. Schon heute liegt nämlich der Anteil gymnasialer Maturandinnen und Maturanden an der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) bei mehr als 25 Prozent, bei der ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*), unserer Kunsthochschule sogar bei fast zwei Dritteln. Da müssen wir genau hinschauen und dem Anteil der Berufsmaturandinnen und -maturanden Sorge tragen.

BM I und BM II haben letztlich das gleiche Ziel, die Absolventen können das Ziel aber mit höchst unterschiedlichem Aufwand erreichen. Die Ausbildung wird bei BM II um ein Jahr verlängert und ist mit beträchtlichen Kosten verbunden. Der Einstieg ist schwieriger, unter anderem wegen der Fremdsprachenlücke. Ein Grossteil der Berufslehren findet ohne jeglichen Fremdsprachenunterricht statt. Ein Wiedereinstieg nach einem dreijährigen Unterbruch im Fremdsprachenunterricht ist sehr anspruchsvoll und hart. Nur schon deshalb gilt: Die BM I knüpft wesentlich besser an die Vorbildung der Volksschule an als die BM II.

Das Postulat will sicher nicht, was Margreth Rinderknecht unterstellt hat, eine Erhöhung der Quote der Berufsmaturandinnen und -maturanden. Das steht in keinem Satz drin, bitte genau lesen. Das Postulat will vielmehr von der Regierung eine kritische Analyse der Gründe für die zunehmenden Schwierigkeiten bei der BM I-Ausbildung und bei den Problemen, die zu den häufigen Abbrüchen führen. Das Postulat will, zweitens, eine Trendwende zurück zur Berufsmaturität I. Gestützt auf Artikel 4 im Berufsbildungsgesetz, sollen Pilotversuche initiiert werden. Die BM-Ausbildung könnte flexibilisiert werden. Verschiedene Einstiegsmöglichkeiten wären zu schaffen, zum Beispiel nach dem ersten oder nach dem zweiten Lehrjahr. Ebenfalls möglich wäre ein modularer Aufbau der Berufsmaturitätsausbildung. Ein Teil der Module könnten während der Lehre, andere nach der Lehre absolviert werden. Die Regierung soll, drittens, prüfen, den Berufsbildungsfonds zur Förderung der BM I und zur Entlastung von Lehrbetrieben einzusetzen. Nicht zuletzt sollen vernünftige Lösungen für das Problem der Fremdsprachenlücken entwickelt werden.

Noch ein Wort zum Ablehnungsantrag der SVP: Eigentlich sind wir immer davon ausgegangen, dass die Berufsbildung und die Attraktivierung der Berufslehre auch für diese Partei ein wichtiges Anliegen ist, Margreth Rinderknecht belehrt mich eines Besseren. Wirklich Sinn macht diese Politik aber nicht. Die SVP kämpft gegen höhere Maturitätsquoten und lehnt neue Mittelschulen ab. Sie will das Wachstum der Universität beschränken. Sie entzieht den Fachhochschulen Mittel. Spätestens seit der Einwanderungsinitiative ist auch klar: Die Rekrutierung von Arbeitskräften im Ausland soll auch beschränkt werden. Woher denn aber sollen all die Fachkräfte kommen, die unsere erfolgreiche Wirtschaft so unbedingt braucht? Selber ausbilden wollen wir sie nicht, importieren dürfen wir sie nicht – eine solche Politik führt zwangsläufig in die Krise, welche die SVP jetzt offenbar nicht nur ständig herbeireden will. Ihre unsinnige und widersprüchliche Bildungspolitik können wir nicht anders interpretieren, denn als Versuch, über eine kurzsichtige und dumme Politik die Krise geradezu herbei zu manipulieren – auf dem Buckel der zukünftigen Generationen.

Wir dagegen setzen auf eine pragmatische Weiterentwicklung unseres flexiblen Bildungssystems, vor allem auf die so erfolgreiche duale Bildung und die Berufsmaturität. Wir wollen Bildung und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle, nicht für wenige. Besten Dank.

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): Bei diesem Postulat hat die Grünliberale Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Denn einerseits sind alle Formen der Berufsmaturität wichtig, keine soll unter organisatorischen Schwierigkeiten leiden. Lehrlinge, die die Berufsmaturität oder Teile davon vor Abschluss ihrer Lehre machen wollen und können, sollen motiviert und gefördert werden. Möglichst viele von ihnen sollen mit 19 Jahren in die Fachhochschule eintreten können. Gymnasiasisten können ja auch mit 19 Jahren in die Hochschule eintreten. Andererseits sind wir uns bewusst, dass die praktische Ausbildung in mancher Branche so anspruchsvoll ist, dass sie viel Lehrzeit benötigt, dass es, zweitens, in mancher Branche für den Lehrling und den Betrieb schwierig sein kann, wenn ein Lehrling länger abwesend ist bei laufenden Projekten, und dass, drittens, das Fuder nicht überladen werden soll, da Lehrlinge ja auch Zeit für Sport und anderes haben sollen. Da also gute Gründe für das Postulat sprechen, aber auch gute Gründe dagegen, hat die Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Zuerst eine Interessenbindung: Als Präsident der Schulkommission der Berufsmaturitätsschule Zürich, BMS, mit verschiedenen Profilen – Gesundheit, Technik, Gestaltung – liegt mir natürlich, aber liegt auch der Fraktion dieser Vorstoss besonders am Herzen. Das Postulat fordert Massnahmen, um für geeignete und motivierte Jugendliche den Zugang zur Berufsmaturität zu fördern. Es ist vor genau zwei Jahren eingereicht worden, und in den letzten zwei Jahren hat sich die Situation nicht verbessert. Die Situation hat sich eher verschärft oder ist daran, sich zu verschärfen. Kürzlich erschien nämlich die Studie der Firma econcept AG über die Zürcher Berufsmaturität – Markus Späth hat bereits dazu Stellung genommen –, und dieser Bericht zeigt ganz klar die Entwicklung der Zürcher Berufsmaturität der letzten zehn Jahre im nationalen und im kantonalen Vergleich, insbesondere aber die Entwicklung der BM I. Es ist so, dass die Zahl der Abschlüsse tatsächlich zugenommen hat im Bereich der BM II, aber eben abgenommen hat im Bereich der BM I, und zwar im Unterschied zu anderen Kantonen ganz klar abgenommen hat. Und ein Punkt ist, hier anzusetzen und sich zu fragen: Warum ist das passiert? Und was kann gemacht werden, damit man diese Trendwende in den Griff bekommt?

Letztes Jahr wurde die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Bald werden wir erfahren, was der Bundesrat in seiner Botschaft schreibt. Vermutlich wird die Vorlage, die dann in Bundesbern beraten wird, aber nicht wesentlich vom Vernehmlassungsvorschlag abweichen. Und im Vernehmlassungsvorschlag wird ja betont, dass die

Branchen, die Wirtschaft primär wieder mehr einheimisches Potenzial nutzen sollen. Es ist klar, die Branchen werden in Zukunft gefordert sein, sind schon heute gefordert, um genügend Nachwuchs finden zu können. Wichtig ist es also, die Berufslehre innerhalb der Schweiz zu unterstützen und aufrechtzuerhalten.

Gefordert sind durch dieses Postulat eigentlich alle, nicht nur die Bildungsdirektorin: Die Berufsverbände, die Organisationen der Arbeit, die Lehrbetriebe sind gefordert, wir sind letztlich alle gefordert. Gefordert sind die Ausbilderinnen und Ausbilder insofern, als sie sich überlegen, wie sie die Lernenden eben motivieren können, den Weg in die BM I zu ebnen.

Letztlich geht es um drei Dinge, erstens: Jugendliche und deren Eltern beziehungsweise Bezugspersonen durch die Berufsberatung und die Lehrpersonen der Sekundarstufe I für die Attraktivität der BM I und die sich daraus ergebenden Laufbahnmöglichkeiten zu sensibilisieren. Zweitens: Lehrbetriebe durch die Branchenverbände beziehungsweise durch die Organisationen der Arbeit über die Attraktivität der BM I und deren Potenzial zu informieren. Und drittens: Alternative Ausbildungsmodelle – es ist gesagt worden –, wie beispielsweise ein modularer, blockweiser Unterricht, zu prüfen.

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zu Äusserungen machen, die gefallen sind: Es ist natürlich nicht so, dass mit diesem Postulat eine Senkung des Niveaus erreicht werden soll, überhaupt nicht. Wir wollen letztlich unsere Jugendlichen ja fördern. Dann zweitens: Die Lehrbetriebe werden nicht zu irgendetwas gezwungen. Es ist tatsächlich so, dass es einzelne Branchen mit Kleinstbetrieben gibt, mit Einzelausbildungsverhältnissen, wo es schwierig sein kann, in der Praxis eine BM I zu machen. Aber das ist klar, da wollen wir niemanden zwingen. Wir suchen die Verbesserungsmöglichkeiten. Und dann ist noch die Frage des Berufsbildungsfonds gekommen. Wir erwarten natürlich nicht, dass hier jetzt Millionen «verlocht» werden für irgendetwas, sondern man kann hier durchaus den Berufsbildungsfonds zu Rate ziehen, weil letztlich dann auch die Organisationen der Arbeit, also die Branchenverbände, und mit ihnen die Unternehmen dann davon profitieren.

Zusammenfassend: Überweisen Sie das Postulat, wie es die FDP tun wird.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Fraktion der AL unterstützt das Postulat zur Förderung der Berufsmaturität, auch wenn wir skeptisch sind, ob die vorgeschlagenen Massnahmen wirklich zielführend sind.

Es ist dennoch angezeigt, dass bezüglich der Förderung der Berufsmaturität eine eingehende Auslegeordnung vorgenommen wird. Und es geht ja hier nicht darum, wie das die SVP behauptet, die Quote der Berufsmaturität zu steigern, sondern es geht darum, dass allfällige Hürden für die Berufsmaturität beseitigt werden und geschaut wird, wo strukturelle Probleme bestehen.

Aber dem im Postulat angesprochenen Problem ist nicht so einfach zu begegnen. Es gibt verschiedene Trends, die einer hürdenfreien Zugänglichkeit der Berufsmaturität entgegenstehen. Der erste Trend geht in die Richtung der Verschulung der dualen Berufsbildung. In etlichen Berufen nimmt der schulische Anteil zu. Dieser Trend ist besonders bei komplexen Berufsbildern zu beobachten. Es sind Berufe, die wir quasi als hochqualifizierte Lehren bezeichnen können, und es sind gerade die Auszubildenden in diesen Berufen, die eben das Potenzial oder auch die Neigung zum Besuch einer Berufsmaturität haben. Es entsteht hier somit letztendlich der Zielkonflikt zwischen der Berufslehre im Sinne der dualen Ausbildung und der Berufsmaturität oder der lehrbegleitenden Berufsmaturität. Der zweite Trend geht dahin, dass immer mehr Auszubildende sich der lehrbegleitenden Berufsmaturität gegenüber sehr reserviert verhalten. Das mag vielleicht daran liegen, dass der Lehrmeister seinen Lehrling lieber im Betrieb sieht als im Klassenzimmer. Aber eine solche Kritik würde zu kurz greifen und wäre wahrscheinlich auch ungerecht gegenüber den Lehrmeistern. Vielfach fehlt es an der Zeit für die praktische Ausbildung. Und vielfach ist die Doppelbelastung des Auszubildenden sehr stark und belastet letztendlich das Lehrverhältnis. Angesichts der hohen Abbruchquote ist es den Lehrmeistern nicht zu verargen, wenn sie hier eine gewisse Skepsis haben.

Es ist daher von einer einseitigen Aufwertung der lehrbegleitenden Berufsmaturität zulasten der praktischen Ausbildung zu warnen. Eine solche Aufwertung würde letztendlich auch zulasten der Ausbildungsbereitschaft von Lehrbetrieben gehen. Wenn ich mich an meine Zeit als «Stift» zurückerinnere, so waren wir damals, als wir die Berufsmaturitätsschule besuchten – so hiess sie damals – zwei Klassenzüge am Anfang. So in der Mitte des Lehrverhältnisses begann der Exodus. Und je mehr wir gegen das Ende der Abschlussprüfung kamen, umso mehr Kolleginnen und Kollegen sind dann ausgestiegen. Am Ende waren wir noch ein Trupp von etwa 15 bis 20 Schülerinnen und Schülern, die dann die BMS abgeschlossen haben. Und das Problem war schon damals, dass halt die Doppelbelastung Lehre und Berufsmaturitätsschule der ganzen Ausbildung entgegenstand. Die Ansprüche seit meiner Zeit sind eher gestiegen, sowohl was die Berufsbildung als

auch die Berufsmaturität anbelangt. Ich stelle deshalb hier die ketzerische Frage, ob nicht die Berufsmaturität nach Abschluss der Lehre heute einem grösseren Bedürfnis entspricht als die lehrbegleitende Berufsmaturität, so wie sie halt ursprünglich mal in den 70er Jahren eingeführt wurde.

In diesem Sinne und mit diesem kritischen Unterton unterstützt die AL das Postulat. Besten Dank.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Von allen Seiten wird der Mangel an inländischen Fachkräften beklagt. Ein Mittel, die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte zu verringern, ist die Ausbildung eigener Fachkräfte, sei dies auf Stufe Universität oder, wie dies im vorliegenden Postulat verlangt wird, im Bereich der Fachhochschulen. Neben dem gymnasialen Weg gilt es den sehr erfolgreichen Weg über die Berufsmatura zu fördern. Die Jugendlichen lernen in der Berufslehre praxisnahe und konstante Leistungen zu erbringen. Dies ist aber nur möglich, wenn die Berufsschüler den dafür notwendigen schulischen Rucksack mitbringen. Das Fundament dazu wird schon in der frühesten Kindheit gelegt, das müssen wir uns bei den künftigen Bildungsvorlagen vor Augen halten. Wenn wir das Anliegen des Fachkräftemangels ernst nehmen, dann müssen wir den Berufsschulen auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Daran sollten wir uns dann in der Budgetdebatte wieder erinnern.

Im Übrigen – ich wiederhole mich – sollten wir nicht vergessen: Jedes Jahr werden in der Schweiz mehr als 10'000 potenzielle Fachkräfte abgetrieben. Die EDU stimmt der Überweisung des Postulates zu.

Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): Ich spreche nicht über Abtreibungen, sondern über dieses Postulat, das wir überweisen werden. Die CVP will, erstens, wissen, warum im Kanton Zürich immer weniger BM I-Abschlüsse gemacht werden. Zu den kritischen Bemerkungen von Kaspar Bütikofer: Es kann nicht sein, dass Nachbarkantone es anscheinend mit smarteren Lehrlingen oder Auszubildenden zu tun haben als wir hier im Kanton Zürich. Zweitens: Wir erachten – vielleicht im Gegenvorschlag zur SVP – den BM I-Abschluss nicht als Konkurrenz zur Berufslehre. Dies mag vielleicht für gewisse Betriebe so sein oder auch in gewissen Branchen, aber in anderen Branchen oder in vielen Branchen ist das nicht der Fall. Drittens: Der BM I-Abschluss ist Bestandteil unseres in der Schweiz doch so hoch gelobten, durchlässigen Bildungssystems. Hier wollen wir keine Ausnahme machen, das Bildungssystem soll durchlässig bleiben auch in der Leh-

re und somit auch eine Vorbereitung in die Berufsmatura zulassen. Und viertens: Wir sprechen immer wieder über möglichst schnelle Bildungswege im Fachhochschulbereich oder auch an der Universität. Da kann ich sicher auch auf verschiedene Voten und Vorstösse der SVP hinweisen, dass die ewigen Studenten nicht mehr zu tolerieren sind. Es geht also um Beschleunigung des Bildungssystems des Erstabschlusses. Auch der BM II-Abschluss ist eigentlich eine Verlängerung zur Erlangung der Berufsmaturität. Also hier verstehe ich jetzt eigentlich den Einspruch der SVP gegenüber diesem Postulat als widersprüchlich zu der ganz allgemeinen Stossrichtung, möglichst schnell zur Berufsbildung oder zum ersten Abschluss auf dem Berufsweg zu kommen. Wir überweisen – auch im Wissen, dass das Postulat sicher nur Anreize bieten kann. Allein der Auszubildende wird darüber entscheiden, ob dem BM-I-Abschluss Erfolg beschieden sein wird. Ich danke.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Als Berufsschullehrperson mit hauptsächlich Pensen an Berufsmaturitätsstufe I und Berufsmaturitätsstufe II kann ich sagen, dass ich weiss, wovon ich rede. Ich habe aber auch E-Profil-Lernende im kaufmännischen Bereich. Das wäre so etwas wie eine Interessenbindung.

Vor uns liegt jetzt also ein Postulat, zu dem man ja kaum Nein sagen kann, weshalb auch. Die BM ist eine gute Sache, und ein Bericht schadet nichts. Aber es bleibt ein Marketing-Postulat, wie das Markus Späth mit seinem Schlusssatz bestätigt hat, auch wenn es zwei Jahre vor dem Wahlkampf eingereicht worden ist. Man fragt sich wirklich: Weshalb dieses Postulat? Abgesehen davon, dass es sehr gut klingt, zu sagen «Ich habe mich für die Berufsmaturität eingesetzt». Ich will auch nicht wahrgenommen werden als jemand, der sagt, ich sei gegen die Berufsbildung, also lasse ich das Postulat auch laufen. Als Profi stört mich aber, wie die BMS II fast schon schlechtgeredet wird. Als Profi stört mich auch, dass zumindest für den kaufmännischen Bereich die Fakten im Postulat nicht sauber wiedergegeben werden, dass hier bezüglich Sprachunterrichts wiederum der grösste Bereich, der kaufmännische Bereich, im Vorstoss schlicht falsch wiedergegeben wird. Die Lernenden im E-Profil haben zwei Fremdsprachen, es gibt keine Fremdsprachenlücke. Und dass Englisch nun nach dem zweiten Lehrjahr abgeschlossen wird, liegt nicht am Kanton Zürich, sondern ist eine Bundesvorgabe. Vorher war's mal Französisch, jetzt muss Englisch dran glauben. Und all das kann doch kein Grund für die Bevorzugung einer BMS I gegenüber einer BMS II sein, wie sie aus diesem Postulat so ein bisschen heraustriefft.

Als Profi merke ich, dass viele BMS-II-Lernende besser motiviert sind und vor allem deren Interessen breiter sind. Sie lernen deshalb auch besser, weil sie weiter sind und genauer wissen, weshalb sie den grossen Aufwand einer Berufsmaturitätsschule auf sich nehmen. Und ich danke Kaspar Bütikofer, dass er sich auch für die BMS II stark macht.

Als Profi weiss ich auch, dass Abbrüche an der BMS I, aber auch an der BMS II im Einzelfall zwar nicht schön sind, aber wichtig sind, wenn wir ein hohes Niveau in der Berufsmaturitätsausbildung beibehalten wollen. Und ich kann Ihnen auch sagen, dass wir an kaufmännischen Berufsmittelschulen keine hohe Abbrecherquote haben. Wenn im Übrigen, wie im Postulat gefordert, noch mehr und zusätzliche Einstiegsmöglichkeiten und Modularisierungen gefordert werden sollen, dann vergessen Sie, glaube ich, schon, was man bereits jetzt schon alles tun kann. Es gibt zweisemestrige Vollzeitlehrgänge, wir hatten mal einen dreisemestrigen Teilzeitlehrgang. Ich unterrichte auch in einem viersemestrigen Teilzeitlehrgang. Und man merkt irgendwie, da sprach ein Theoretiker. Ich als Praktiker sehe das schon etwas anders.

Und die BMS II ist nicht einfach eine Verlängerung einer Fachausbildung, sondern die BMS II ist ein Zeichen dafür, dass jemand wirklich eine reife Leistung gemacht hat. Und ja, die BM ist der ideale Weg an die Fachhochschule, ist ein Königsweg gerade auch bei BMS-II-Absolventen. Denn sie wissen ganz genau, dass sie an die Fachhochschule wollen, und nicht einfach eine Berufsmaturität machen, weil man halt noch eine Berufsmaturität macht, was auch nichts schadet. Und zu den Kosten, Markus Späth: Die BMS II ist gratis, kostenlos. Man muss die Lehrmittel bezahlen, die sonst vielleicht der Lehrbetrieb bezahlt. Und tatsächlich, ja, man hat eine Lohneinbusse. Es kommt dann halt drauf an, wie man daneben arbeitet. Aber auch das geht.

Kurz gesagt: Ich möchte das Postulat laufen lassen und bitte Sie, das auch zu unterstützen. Sie sehen aber, ich habe wenig Begeisterung für das Postulat. Ich habe aber viel Begeisterung für die Berufsmaturität – I oder II. Es ist mir viel wichtiger, dass wir Lehrpersonen auf dieser Stufe haben, die so viel Begeisterung für ihre wertvolle Tätigkeit besitzen, dass sie die Lernenden in der BMS I und in der BMS II begeistern können, oder auch, dass Lernende des E-Profiles so begeistert werden können, dass sie nachher eine BMS II auf sich nehmen, ganz im Sinne des lebenslangen Lernens. Danke.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Zunächst zur Deklaration der Interessenbindung: Ich bin selbst an einer kaufmännischen Berufsfach-

schule tätig an der KV Zürich Business School allerdings, in der Weiterbildung. Deshalb ist die Interessenbindung auch nur eine theoretische, die sind nämlich völlig von der Grundbildung abgekoppelt. Und sowohl BM I als auch BM II laufen in der Grundbildung.

Wenn man sich anschaut, was es in der Realität alles gibt, dann gibt es Lehrstellen, die ganz explizit nur an Bewerberinnen und Bewerber ausgeschrieben werden, die die BM absolvieren wollen. Und in vielen Lehrbetrieben heisst es umgekehrt: «Was, du willst die BM? Dann gibt es den Lehrvertrag nicht.» Das ist individuell. Systemisch kann man einfach feststellen aufgrund der Zahlen, aufgrund der Entwicklungen: Es gibt den Trend weg von der BM I – das ist das, was mich hauptsächlich interessiert –, es gibt den Trend hin zu BM II, relativ und in absoluten Zahlen. Und das nicht mit dem Unterton, das eine gegen das andere ausspielen zu wollen, sondern weil es durchaus gute Gründe gibt, zu schauen, dass sich die berufsbegleitenden Berufsmaturitätsausbildungen nicht weiter ausdünnen.

Margreth Rinderknecht argumentiert gegen den Vorstoss, man wolle die BM-Quote erhöhen und damit das Niveau zu senken. Wer gescheit genug und motiviert sei, der mache heute eine berufsbegleitende BM. Das ist – mit Verlaub – vielleicht ein etwas einfaches Weltbild und eine einseitige Perspektive, liebe Margreth Rinderknecht. Ich darf daran erinnern, dass wir vor ungefähr 20 Jahren das Thema Lehrstellenmangel zu bearbeiten begannen, über die Zeit differenzierter und erfolgreicher und vor allem kooperativer, und dass wir dort feststellen können, dass eine enorm erfreuliche Entwicklung stattgefunden hat, und zwar aus dem gemeinsamen Bewusstsein und der gemeinsamen Anstrengung der Verbundpartner heraus, also Bund, Kanton und Organisationen der Arbeitswelt. Auch um solche Dinge geht es letztendlich im Hintergrund in diesem Postulat. Es geht darum, die Attraktivität der Berufsmaturität auch während der Berufslehre vielleicht wieder etwas stärker herauszustreichen, und zwar die Attraktivität aus Gesamtsystem-Perspektive wie eben auch für den individuellen Lehrbetrieb. Der Kanton hat übrigens, unabhängig von unserem Postulat beziehungsweise vom Ausgang der heutigen Abstimmung, bereits reagiert und die letzte Konferenz Berufsbildung im November 2014 unter das Motto «Stärkung und Weiterentwicklung der Berufs- und Fachmaturität» gestellt. So gesehen, könnte sogar bei Ablehnung dieses Postulates mässig etwas schief laufen. Wichtig ist, dass die Verbundpartner, die an dieser Berufsbildungstagung, an der Konferenz Berufsbildung, eingeladen sind und zu Wort kommen, genau diese Anstrengungen, diese Bestrebungen als sinnvoll erkennen und mittragen. Das heisst, die Praxis, die Organisationen der Arbeitswelt als Vertretungen

der Betriebe sehen, gesamthaft gesehen, den Bedarf danach, hier genauer hinzuschauen und hier eben vielleicht auch zu reagieren im Bereich der Berufsmaturität I. Es ist kein spektakuläres Postulat, das ist richtig. Aber es ist eines, mit dem wir gesamthaft etwas verbessern können.

Etwas, was bis anhin noch gar nicht – auch von Benno Scherrer nicht – erwähnt wurde, der im gleichen kaufmännischen Bildungsbereich tätig ist wie ich selbst: Es gibt insbesondere im kaufmännischen Bereich sehr viele Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger für die, wenn sie die BM noch nicht haben, es einfach dazugehört. Man macht das mal, es ist eine Allgemeinbildung. Ich halte das auch durchaus für willkommen. Individuell wären aber vielleicht frühere, nämlich BM-I-Abschlüsse möglich. Volkswirtschaftlich effizienter wäre das ohnehin. Aber was dazukommt – nicht in allen Bereichen gleichermassen, aber im kaufmännischen Bereich sehr stark –, ist, dass sehr viele der BM-Absolventinnen und -Absolventen das nicht machen, um gezielt an eine Fachhochschule zu gehen, weil es auch andere Wege gibt, die sehr attraktiv sind. Circa die Hälfte der kaufmännischen Berufsmaturandinnen und -maturanden sind nicht an einer Fachhochschule zu finden, sondern in der Höheren Berufsbildung und spezialisieren sich dort. Dagegen soll auch das Postulat nichts Schlechtes ausrichten, aber die BM I insbesondere gehört in den Fokus gerückt. Ich hoffe, das sieht eine Mehrheit hier auch so.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Wir sind mit den Postulanten der Meinung, dass die BMS zu fördern und zu stärken ist. Sie ist ein wichtiges Element zur Gewährleistung der Durchlässigkeit in der Berufsbildung. Viele Massnahmen sind bereits umgesetzt, nicht abschliessend sei auf folgendes hingewiesen: Der kantonale Lehrplan wurde angepasst. Es wurden einheitliche Aufnahmeprüfungen für alle Berufe geschaffen. Dann gab es Massnahmen, die der Kommunikation und Information dienen. Da wurde beispielsweise die Kooperation des MBA (*Mittelschul- und Berufsbildungsamt*) mit dem AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*) und dem Laufbahnzentrum der Stadt Zürich angepasst. Zum Beispiel werden bei einer Infoveranstaltung des AJB die Eltern angesprochen, und zwar die Eltern der Primarschüler der fünften und sechsten Klasse. Es wird dort die BM eingebaut. Dies mit dem Hintergedanken, dass die Laufbahntscheide von den Eltern beeinflusst werden, und zwar schon an der Primarschule, wenn der Entscheid «Gymnasium oder Sekundarschule?» gefällt wird. Des Weiteren gibt es Informationen an der Berufsmesse. Es wurde eine neue BM-Broschüre geschaffen. Und im LENA (*Lehrstellennachweis*) können

die Betriebe ebenfalls angeben, ob sie jetzt die BM anbieten oder nicht. Des Weiteren hat das Mittelschul- und Berufsbildungsamt einen «Letter of Intent» initiiert, eine Vereinbarung zur Förderung der Berufsmaturität mit den Zürcher Wirtschaftsverbänden und den Zürcher Fachhochschulen. Mit dabei sind die Vereinigung zürcherischer Arbeitgeberorganisationen, die Zürcher Gesellschaft für Personalmanagement und die Zürcher Fachhochschulen. Diese Verbundpartner verpflichten sich, die Berufsmaturität in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich zu stärken.

Sie sehen, es ist schon viel passiert. Es sind auch weitere Massnahmen in Vorbereitung. Die Postulanten rennen also offene Türen ein, deshalb hat der Regierungsrat sich auch bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Ich ersuche Sie deshalb, das Postulat zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 113 : 40 Stimmen (bei 8 Enthaltungen), das Postulat 287/2013 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Stand der kantonalen Vorbereitungen auf grosse Anzahl Flüchtlinge**
Dringliche Anfrage *André Müller (FDP, Uitikon)*
- **Zwangsausschaffungsversuch einer tschetschenischen Familie**
Anfrage *Mattea Meyer (SP, Winterthur)*
- **Marsch fürs Läbe**
Anfrage *Hans Egli (EDU, Steinmaur)*
- **Instandsetzung Autobahnabschnitt Bülach–Kloten Herbst 2016 bis 2019**
Anfrage *Nadja Galliker (FDP, Eglisau)*
- **Standort Depot Limmattalbahn**
Anfrage *Gabi Petri (Grüne, Zürich)*

- **Transparenz bei der Besetzung von Ersatzrichterstellen**
Anfrage *Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)*
- **Zielländer der mit Reisedokumenten ausgestatteten Asylbewerber**
Anfrage *Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf)*

Rückzug

- **Nachtmessflüge auf dem Flughafen Zürich Kloten**
Postulat *Regula Kaeser (Grüne, Kloten)*, KR-Nr. 139/2015

Information zum Gesellschaftlichen Anlass

Ratspräsidentin Theresia Weber: Dann möchte ich Sie noch über den heutigen Nachmittag informieren. Alle, die mit dem Schiff mitfahren, sind gebeten, um spätestens 13.50 Uhr beim Bürkliplatz an ihrem Steg zu sein. Ich lese Ihnen jetzt herunter, welche Besichtigungsorte welchen Steg nehmen müssen.

Wer in die Confiserie Honold geht, nehme den Steg 4, Bio-Strath Steg 4, Schlattgut Steg 4 und Weinbau Schwarzenbach ebenfalls Steg 4. Wer ins Spital Männedorf geht, nimmt Steg 6, Sonova ebenfalls Steg 6 und Grimm Wiedag ebenfalls Steg 6.

Ich wünsche Ihnen eine gute Fraktionssitzung und dann einen ganz interessanten Nachmittag.

Schluss der Sitzung: 11.55 Uhr


Zürich, den 21. September 2015

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 28. September 2015.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Stärkung der universitären Unabhängigkeit	
Geschäfts#:	KR-Nr. 103a/2013	
Stimm-Datum:	2015.09.21 - 08:53:36	
JA:	159	
NEIN:	0	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	21	
Total Stimmen:	159	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	--
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	--
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	--
124	Keller	Rolando	SVP	--
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	--
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	--
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	--
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	--
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Differenzierte Lektionentafel an der Sekundarstufe	
Geschäfts#:	KR-Nr. 13a/2013	
Stimm-Datum:	2015.09.21 - 09:49:30	
JA:	91	
NEIN:	71	
Enthalten:	2	
Nicht Präsent:	16	
Total Stimmen:	164	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	--
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	--
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	ENTHALTEN
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	--
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	--
124	Keller	Rolando	SVP	--
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	--
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	ENTHALTEN
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Anreize für vertiefende und berufsfelderweiternde Qualifikationen an der Volksschule	
Geschäfts#:	KR-Nr. 256/2013	
Stimm-Datum:	2015.09.21 - 11:06:49	
JA:	66	
NEIN:	96	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	18	
Total Stimmen:	162	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
131	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	--
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	--
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	--
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	--
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	--
124	Keller	Rolando	SVP	--
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	NEIN
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	--
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Förderung der Berufsmaturität	
Geschäfts#:	KR-Nr. 287/2013	
Stimm-Datum:	2015.09.21 - 11:47:34	
JA:	113	
NEIN:	40	
Enthalten:	8	
Nicht Präsent:	19	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	--
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	--
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	ENTHALTEN
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	--
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	--
124	Keller	Rolando	SVP	--
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	--
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	ENTHALTEN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	ENTHALTEN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	ENTHALTEN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	ENTHALTEN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	ENTHALTEN
179	Walliser	Bruno	SVP	ENTHALTEN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	ENTHALTEN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				